

Volker Höffer

"Der Gegner hat Kraft".
MfS und SED im Bezirk Rostock

(Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4)

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Volker Höffer: "Der Gegner hat Kraft". MfS und SED im Bezirk Rostock. Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4 (BF informiert 20/1997).

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306229>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-62-2

urn:nbn:de:0292-97839421306229

Inhalt

Einleitung	5	
1	Zur Lage im Ostseebezirk im Vorfeld des Herbstes 1989	6
2	"Herbstproteste" und Staatssicherheit in Rostock	9
2.1	Beginn der Protestbewegung (Ende September bis Mitte Oktober)	11
	Chronologie der Ereignisse:	11
	Lageeinschätzung der Rostocker Staatssicherheit	12
	Maßnahmen zur Lagebeherrschung	13
2.2	Die Macht der "Straße" (Mitte Oktober bis 9. November)	18
	Chronologie der Ereignisse:	18
	Lageeinschätzung durch die Rostocker BVfS	20
	Die Aktivitäten der Rostocker Bezirksverwaltung zur "Lagebeherrschung"	20
2.3	Zwischen Ebbe und Flut (10. November bis 4./5. Dezember)	34
	Chronologie der Ereignisse:	35
	Lageeinschätzung durch die Rostocker Staatssicherheit	37
	Maßnahmen der BVfS bzw. des BAfNS	37
3	Innenansichten	42
3.1	Von Lähmung bis Entschlossenheit – zum "inneren" Zustand des Rostocker Staatssicherheitsdienstes im Herbst 1989	42
3.2	Zwischen Ehrlichkeit und Täuschung – Anpassungsbestrebungen in der Rostocker Staatssicherheit	47
3.2.1	"Wende"-Versuche	48
3.2.2	Mißlungene "Öffentlichkeitsarbeit" und Aktenvernichtung	53
4	Schlußbetrachtung	57
Abkürzungsverzeichnis	62	

Vorbemerkung

Der Bismarck zugeschriebene Aphorismus, daß in Mecklenburg alles, der Weltuntergang eingeschlossen, hundert Jahre später passiere, trifft auf die Revolution vom Herbst 1989 nur mit Einschränkungen zu. Aber tatsächlich begann die Volkserhebung in den Nordbezirken der DDR verglichen mit dem Süden mit einer gewissen Verzögerung. Zwar hatte die Rostocker Staatssicherheit schon Ende September eine erhebliche Zunahme der "schriftlichen und mündlichen Hetze" im Bezirk gemeldet, doch zu Massendemonstrationen kam es erst nach dem 9. Oktober in Leipzig und dem Sturz Honeckers, als die Würfel in der Machtzentrale bereits gefallen waren. Bedeutsam war vor allem die Entscheidung, daß das Regime nicht versuchte, die Revolution mit Gewalt aufzuhalten. Die Rostocker Staatssicherheit und die Volkspolizei wären darauf, wie überall in der DDR, organisatorisch vorbereitet gewesen. Die Sicherheitskräfte verfügten über gewaltige Waffenvorräte und über "schwarze Listen", in denen als unzuverlässig geltende Bürger erfaßt wurden, um sie am "Tag X" festzunehmen und in Lager zu verbringen. Daß es anders kam, wurde nicht in Rostock entschieden. Aber immerhin hat der Leiter der Rostocker Bezirksverwaltung des MfS seinen Minister schon vor der "Wende" eindringlich darauf hingewiesen, daß "die Tschekisten" zwar willens seien, "dem Feind keine Chance zu geben", daß aber die Krise politisch gelöst werden müsse. Insofern war die Staatssicherheit nicht ganz unvorbereitet, als aus Ost-Berlin die neue Orientierung kam, auf eine Integrationspolitik umzuschwenken. Ihre Versuche, die Bürgerbewegung mit inoffiziellen Mitarbeitern zu unterwandern, blieb, das ist ein wichtiges Ergebnis dieser Studie, weitgehend erfolglos.

Als sich Rostocker Bürger im Oktober in Kirchen versammelten und bei Demonstrationen bald auch zur Bezirksverwaltung für Staatssicherheit zogen, konnten sie nicht wissen, was sich hinter deren Mauern inzwischen abgespielt hatte. Aber nicht nur das subjektiv empfundene Risiko war groß, sondern auch die objektive Gefahr, daß es durch eine unbedachte Handlung doch noch zu einer Eskalation kommen würde. Amtsträger der evangelischen Kirche haben in dieser Situation auch in Rostock eine wichtige Rolle dabei gespielt, daß dies nicht geschah, der Protest aber dennoch nichts von seiner Bestimmtheit verlor. Zu einer erneuten Zuspitzung kam es Ende November, nicht zuletzt weil in Kavelstorf bei Rostock ein geheimes Lager entdeckt wurde, von dem aus Schalck-Golodkowskis "Koko"-Imperium einen schwunghaften Waffenhandel betrieb. Die Empörung, die das Ruchbarwerden des "Handels mit dem Tod" auslöste, war ein wichtiges Motiv für einen neuerlichen Aufschwung des Bürgerprotestes, der in der Besetzung der Stasi-Zentrale in der Nacht vom 4. zum 5. Dezember gipfelte.

Gegenstand der vorliegenden Darstellung von Volker Höffer, Historiker und Mitarbeiter der Außenstelle Rostock des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, sind vor allem die Wahrnehmung der Bürgerrevolution durch die Staatssicherheit, die Reaktionen, die sie dort auslöste, und die Versuche, "die Lage" wieder "unter Kontrolle" zu bekommen. Gezeigt wird

auch das Bemühen, sich teils durch begrenzte Reformen, teils durch Täuschung an die neuen Verhältnisse anzupassen.

Die Studie entstand im Kontext eines größeren Projektes, das die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, aber auch in Ost-Berlin zum Thema hat. In diesem Projekt arbeitet ein Historiker aus der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten mit einzelnen Mitarbeitern der Außenstelle der Behörde zusammen, um die Wechselwirkung zwischen der Volksbewegung in den Bezirken und der Entmachtung der Apparate in Ost-Berlin zu erforschen. Erste Studien sind bereits erschienen, weitere werden folgen.¹

Walter Süß

¹ Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BF informiert 5, BStU, Berlin 1994; Andreas Niemann und Walter Süß: "Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden". MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), BF informiert 12, BStU, Berlin 1996; Hans-Peter Löhn: "Unsere Nerven lagen allmählich blank". MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), BF informiert 13, BStU, Berlin 1996. In Vorbereitung sind Studien zu Erfurt, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und Leipzig sowie eine Monographie zur Entmachtung des Ministeriums für Staatssicherheit.

Einleitung

Rolle und Entwicklung der Bürgerbewegung im Rostocker Herbst des Jahres 1989 wurden bereits in recht umfassenden Darstellungen vorgestellt. Die Veröffentlichungen von Lothar Probst, Bernhard Schmidtbauer und Henry Lohse schildern das Wirken jener Menschen, die mit ihrem Mut und Engagement den gesellschaftlichen Umbruch initiierten und prägten.² Die Untersuchung der Aktivitäten ihres Widerparts, insbesondere der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) als "Schild und Schwert der Partei", steckt dagegen noch in den Anfängen. Für das Verständnis der Ereignisse des Herbstes 1989 im Ostseebezirk ist eine solche Analyse jedoch unbedingt erforderlich. Erste Einblicke in das Agieren der Rostocker Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS oder kurz BV) und ihres Nachfolgers, des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (BAfNS oder kurz BA) bieten die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse des "Unabhängigen Untersuchungsausschusses" (UUA) und deren überarbeitete Neuausgabe durch Thomas Ammer und Hans-Joachim Memmler.³ Eine detaillierte Untersuchung konnte zum damaligen Zeitpunkt aber noch nicht vorgelegt werden. Diese Lücke zu verkleinern, ist die Absicht der vorliegenden Arbeit. Neben jenen Veröffentlichungen, die die Entwicklung des Sicherheitsapparates mehr oder weniger explizit thematisieren, wurden für diese Analyse fast ausschließlich Unterlagen des MfS bzw. AfNS, insbesondere aus dem Bestand der BV bzw. des BA Rostock, genutzt. Andere Materialien, etwa der SED oder regionaler Staatsorgane, konnten leider nicht hinzugezogen werden. Auch ist der Beitrag, bedingt durch Materiallücken und Erschließungsstand der MfS-Akten, sehr stark auf die Entwicklung in der Bezirksstadt ausgerichtet. Angesichts der Tatsache, daß sich dort auch die Bezirkszentrale des MfS/AfNS befand, besitzt das jedoch eine gewisse Berechtigung. Für eine detailliertere Betrachtung der Entwicklung im Bezirk Rostock wäre eine stärkere Berücksichtigung der Vorgänge in den anderen Städten und Kreisen allerdings dringend notwendig. Die von mir verwendeten MfS- bzw. AfNS-Unterlagen werden heute in der Außenstelle Rostock der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) aufbewahrt. Da die archivtechnische Erschließung der MfS-/AfNS-Unterlagen derzeit auch in der Außenstelle Rostock noch nicht beendet ist, dürfte künftige Forschung noch Interessantes zutage fördern.

² Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hrsg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Rostock 1990; Thomas Ammer und Hans-Joachim Memmler (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock, Köln 1991; Lothar Probst: "Der Norden wacht auf". Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989, Bremen 1993; Bernhard Schmidtbauer: Tage, die Bürger bewegten, 2 Bde., Rostock 1991; Henry Lohse: Vor fünf Jahren – Die Rolle der Kirchen in Rostock im Herbst 1989, in: Studienhefte zur mecklenburgischen Kirchengeschichte, Heft 4/1994, S. 13–26.

³ Vgl. UUA: Arbeitsberichte; Ammer/Memmler: Staatssicherheit.

In der vorliegenden Darstellung soll vor allem untersucht werden, wie die Rostocker Bezirksverwaltung auf die wachsende Protestbewegung "auf der Straße" reagierte, wie es im Inneren dieses gefürchteten Organs aussah und in welcher Form der Staatssicherheitsdienst versuchte, sich den neuen Entwicklungen anzupassen. Letztlich ging es neben der Schilderung von "Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit" im Ostseebezirk auch um die Frage, warum die BV bzw. das BA die Veränderungsbestrebungen nicht gewaltsam bekämpfte.⁴

In der Betrachtung der Entwicklung beschränke ich mich auf die Zeit von Anfang 1989 bis zum 4./5. Dezember desselben Jahres. Dabei wird die Zeit bis Ende September als Vorphase der Herbstereignisse begriffen, aber nur in Grundzügen skizziert. Der Endpunkt wurde aus zwei Gründen gewählt. Zum einen, weil die Besetzung des Bezirksamtes am 4./5. Dezember durch friedliche, unbewaffnete Bürger auch in Rostock das eigentliche Ende der "operativen" Tätigkeit des AfNS bedeutete. Zum anderen wegen der bereits vorliegenden, sehr ausführlichen Darstellung der nachfolgenden direkten Auflösungsphase in den Arbeitsberichten des "Unabhängigen Untersuchungsausschusses" bzw. in der durch Ammer und Memmler besorgten Neuausgabe.

Für die Unterstützung bei der Suche nach Archivunterlagen gebührt den Archivaren der Außenstelle Rostock des BStU und dem Sachgebietsleiter Archivwesen, Klaus Költzsch, besonderer Dank. Inhaltlich konnte ich auf einige Ergebnisse zurückgreifen, die Hans Poszony im Zuge der Vorbereitung eines Informations- und Dokumentationszentrums in der Außenstelle Rostock des BStU erarbeitet hat. Auch ihm danke ich herzlich.

1 Zur Lage im Ostseebezirk im Vorfeld des Herbstes 1989

Auch im Bezirk Rostock gab es eine "Vorgeschichte" der Ereignisse des Herbstes 1989. Weder die mutigen Bürger, die seit Anfang Oktober auf der Straße massiv Veränderungen einforderten, noch die Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes kamen aus dem Nichts. Die ganz alltäglichen Erfahrungen des nicht immer erhaltlichen Schnitzels, des "normalen" dreizehnjährigen Wartens auf ein Auto oder der verweigerten Reise zum kranken Angehörigen in der Bundesrepublik prägten die Menschen ebenso wie die "große" Politik, "Glasnost" und "Perestroika". Die MfS-Mitarbeiter besaßen Familie, hatten Bekannte außerhalb der "Firma", die ihre Sorgen und Freuden kundtaten. Die Kenntnis der "Zeit davor" ist für das Verständnis der Ereignisse im Herbst 1989 unerlässlich. Wichtige Erkenntnisse erarbeitete in dieser Hinsicht bereits Lothar Probst.⁵ Angesichts seiner Ergebnisse und der eingeschränkten Ziele

⁴ Auf das MfS insgesamt bezogen vgl. dazu Süß: Entmachtung.

⁵ Vgl. Probst: Der Norden.

dieser Darstellung möchte ich die Situation nur in Grundzügen skizzieren und mich auf die Reflexion dieser Vorphase durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock konzentrieren.

Die Rostocker Dienststelle hatte, neben den allgemeinen Aufgaben jeder MfS-Bezirksverwaltung, insbesondere die Seegrenzen unter "politisch-operativer Kontrolle" zu halten sowie jeden Fluchtversuch frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Hinzu kam die Überwachung des größten Kernkraftwerkes der DDR in Lubmin bei Greifswald. Außerdem mußten neben der Seegrenze auch noch die beiden Grenzabschnitte gen Westen und gen Osten (Polen) gesichert werden. Diesen Zielen versuchten im Juni 1989 3.686 Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung, in den zehn Kreisdienststellen (KD) und in der Objektdienststelle Kernkraftwerk Greifswald (OD KKW) gerecht zu werden.⁶ In der BVfS existierte als Rostocker Besonderheit eine Abteilung Hafen, die mit der Sicherung von Seeverkehr und Hafenwirtschaft beauftragt war. Rostock gehörte zu den größten Bezirksverwaltungen des Ministeriums. Von den "operativen Mitarbeitern" der BV wurden nach einer Analyse vom Juni 1989 mehr als 9.200 inoffizielle Mitarbeiter (IM) geführt, allein 869 von der Abteilung Hafen.⁷ Mit diesem Potential an hauptamtlichen Mitarbeitern und ihren inoffiziellen "Augen" und "Ohren" versuchte die Staatssicherheit, die Lage im Ostseebezirk zu beherrschen, Gegenbestrebungen zu kanalisieren, zu zersetzen oder zu liquidieren.

Die Krise der DDR und deren Zuspitzung im Jahre 1989 ging auch am Bezirk Rostock nicht vorüber. Durch Berichte inoffizieller Mitarbeiter, durch Telefonüberwachung und Abhöraktionen, durch Postkontrolle und aus anderen Quellen erhielt das Rostocker MfS seit Ende 1988 immer zahlreichere und massivere Hinweise auf die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die BVfS kam mit der Neuwerbung von IM nicht mehr wie früher voran, und auch sonst häuften sich alarmierende Signale.⁸ So nahmen schon vor den Herbstereignissen alternative Bestrebungen sowohl unter dem Dach der Kirche als auch davon ungeschützt ständig zu.⁹ Gemeinsam war den entstehenden Gruppen, etwa auf den Gebieten der Friedensbewegung und des Umweltschutzes, daß sie Versäumnisse der Regierungspolitik anprangerten.¹⁰ Allein schon dieser Umstand trug ihnen seitens des Staatssicherheitsdienstes und der SED die Einstufung als "politisch-negativer Zusam-

⁶ Vgl. Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 11; Analysen und statistische Angaben der Abt. XII der BVfS Rostock zur Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern aus den Jahren 1978–1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 6.

⁷ Vgl. Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 10f.

⁸ Vgl. anonym, Mitschrift von Sitzung der Zentralen Parteileitung (ZPL) der BV vom 17.2.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); anonym, Mitschrift von Referatsleiterbesprechung (künftig: RLB) Abt. XX vom 20.2.1989; ebenda.

⁹ Vgl. Probst: Der Norden, S. 10.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 14–24.

menschluß" ein. Der Jahresarbeitsplan des Leiters der BVfS, Generalmajor Mittag¹¹, für 1989 zeigt, daß die Kontrolle derartiger Gruppen einen Schwerpunkt der Staatssicherheit in Rostock darstellte.¹² Als "Aufgaben zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit" wies Mittag an, "die politisch-operativen Maßnahmen zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit auf das Ökumenische Zentrum für Umweltschutz Wismar, die Schalomgemeinschaft Rostock, den Arbeitskreis Frieden und Gerechtigkeit Greifswald, den Friedenskreis der Christuskirche Greifswald zu konzentrieren".¹³ Dabei sollte "politischer Mißbrauch" vorbeugend verhindert und die Zersetzung durch Disziplinierung bzw. Herauslösung von Führungspersonen erreicht werden. Ferner waren überörtliche Vernetzungen, besonders mit Berlin und dem "kapitalistischen Ausland", zu unterbinden.

In Umsetzung der Jahresplanung registrierte die BV, daß man sich zum Beispiel an den Universitäten verstärkt innenpolitischen Themen wie Medienpolitik und Demokratie zuwandte, daß eine Gruppe "Humanitas" versuchte, die Antragsteller auf ständige Ausreise (AStA) zu organisieren und daß im Bezirk zur Kommunalwahl "2.000 Personen die Wählerkarten nicht angenommen" hatten, verglichen mit 300 im Jahre 1985.¹⁴

Auf einer Dienstversammlung am 3. Mai 1989 wies Generalmajor Mittag an, eine Koordination oppositioneller Basisgruppenarbeit zu verhindern. Ferner sollten die Blockparteien stärker mit IM durchsetzt werden, da zum Beispiel die CDU versuche, sich als Reformpartei zu profilieren. Mittag konstatierte zudem eine wachsende Zahl von Antragstellern auf ständige Ausreise, die zunehmend spektakuläre Aktionen unternahmen. So hatten am 30. April einige von ihnen eine Kirche auf Usedom besetzt und unter Glockengeläut Freiheit und Ausreise gefordert. Auch registrierte der Stasi-Bezirkschef eine Verdreifachung der Fluchtversuche über die Ostsee.¹⁵

In sogenannten "Parteiinformationen" gab der Chef der BV Rostock sein Wissen in konzentrierter Form an die SED-Bezirksleitung weiter. Fast immer war das verbunden mit Empfehlungen zur "offensiven" Zurückdrängung der angeblich feindlichen Tendenzen. So riet Generalmajor Mittag in der sehr umfangreichen "Parteiinformation 58/89" zur "offensiven ideologischen Auseinandersetzung" und zur "Schaffung eines positiven

¹¹ Rudolf Mittag (geb. 31.3.1929 in Kamenz) hatte 1947 bei der Volkspolizei zu arbeiten begonnen und war 1950 zum neugegründeten MfS gewechselt. Er war lange Jahre bei der Objekt-Verwaltung Wismut des MfS, ehe er 1975 Leiter der BVfS Rostock wurde.

¹² Vgl. Leiter BV, Jahresarbeitsplan 1989; BStU, ASt Rostock, 486 (unerschlossenes Material).

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 20.2.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 24.4.1989; ebenda.

¹⁵ Vgl. anonym, Mitschrift von Dienstversammlung mit dem Leiter BV vom 3.5.1989, ebenda; vgl. zur Einschätzung der Lage in den Blockparteien Ordner 506; BStU, ASt Rostock (unerschlossenes Material).

Übergewichts" bei Veranstaltungen oppositioneller Gruppen. Ferner sollten die zuständigen staatlichen Organe einheitlich und abgestimmt gegen "feindliche Personenzusammenschlüsse" vorgehen.¹⁶

Die verstärkte Krise strahlte auch auf die BV Rostock aus. Wie MfS-Mitarbeiter über die Ergebnisse der Kommunalwahlen oder die beginnende Massenflucht im Sommer dachten, ist dem Material zwar nicht zu entnehmen. Aber Anzeichen für die allmähliche Zuspitzung vermerkten die Stasi-Offiziere sehr wohl. So notierte ein Referatsleiter der Abteilung XX am 12. Juni: "Situation muß begriffen werden, Feind gibt keine Ruhe, wo bleibt die pol[itische] Verantwortung. Mit jedem Genossen individuell auseinandersetzen, helfen [...], konkret mit MfS-typ[ischen] Arbeitsweisen beschäftigen, keine Beschäftigungstheorie¹⁷." ¹⁸ In der Bezirksverwaltung Rostock des MfS gab es demnach hinsichtlich einer "feindorientierten Arbeit in einigen Kollektiven"¹⁹ schon erste "Aufweichungserscheinungen" oder zumindest Unklarheiten. So ging die Staatssicherheit keineswegs voll gerüstet in eine Zeit, in der nach Einschätzung führender Offiziere der Abteilung XX die oppositionelle Tätigkeit auch in Rostock ein nie gekanntes Ausmaß annahm und der "Feind" zum "ernsthaften Angriff auf die Existenz der DDR" angetreten war.²⁰ Von einem festgefügtten, bedingungslos kampfbereiten "Schild und Schwert der Partei" konnte nicht mehr die Rede sein.

2 "Herbstproteste" und Staatssicherheit in Rostock

In diesem Abschnitt soll ein Blick auf die Zeit geworfen werden, in der sich der Bürgerprotest auch im Ostseebezirk der DDR formierte und schließlich ein derartiges Ausmaß annahm, daß die alten Machtstrukturen zusammenbrachen und neue Wege gebahnt wurden. Es ist der Frage nachzugehen, wie die BV Rostock darauf reagierte. Dabei handelt es sich um jene Wochen, in denen die eigentliche Entscheidung fiel, so daß im östlichen Teil Deutschlands überhaupt gesellschaftliche Veränderungen beginnen konnten.

Die revolutionäre Dynamik des Bürgerprotestes im Ostseebezirk entfaltete sich in drei Etappen.

¹⁶ Vgl. Parteiinformation 58/89; BStU, ASt Rostock, Ordner Parteiinformation 1989 (unerschlossenes Material); Übersicht eingeleiteter Ermittlungsverfahren 1978–1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 6.

¹⁷ Gemeint ist: *Beschäftigungstherapie*.

¹⁸ Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 12.6.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

¹⁹ Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 19.8.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

²⁰ Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 25.9.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

In der ersten Phase, von Ende September bis Mitte Oktober, kam es auch im Ostseebezirk zu ersten organisatorischen Zusammenschlüssen mit größerer öffentlicher Wirkung. Im MfS war in diesen Tagen noch die Bereitschaft vorhanden, die Proteste gewaltsam zu unterbinden.

In der zweiten Phase, von Mitte Oktober bis zum 9. November, gewannen die Proteste enorm an Kraft. Mit den Demonstrationen von Dresden, Berlin und Leipzig vom 4. bis 9. Oktober war der Bann gebrochen. Im gesamten Bezirk Rostock wagten nun bald Zehntausende den Schritt auf die Straße. Auch die Rostocker Staatssicherheit mußte akzeptieren, daß durch die allgemeine politische Weichenstellung ein "Kampf bis zum letzten Blutstropfen" nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Dennoch blieb die Lage in dieser Phase noch äußerst gespannt. Es bestand weiterhin die Gefahr einer Eskalation der Gewalt.

Der 9. November stellt für die Entwicklung im Bezirk nicht nur wegen der Maueröffnung ein wichtiges Datum dar. Just an jenem Abend, weit weg von Fernsehen und Radio, ereignete sich die größte und konfliktrichtigste Donnerstags-Demonstration in Rostock. Mehr als 40.000 Menschen zogen durch die Innenstadt, vorbei an der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Die Situation spitzte sich zu, Eskalation und Gewalt waren zu befürchten. Die Bürger auf der Straße konnten nicht ahnen, daß den Bewachern des abgedunkelten Hauptquartiers zumindest der Einsatz von Schußwaffen grundsätzlich untersagt war. Die Demonstration verlief letztlich gewaltfrei. Die Öffnung der Mauer noch am selben Abend wirkte wie ein Ventil und minderte den Druck der Protestbewegung.

Die dritte Phase erstreckte sich vom 10. November bis zum 4./5. Dezember. Nach der Maueröffnung ebte der Bürgerprotest auch im Ostseebezirk zunächst ab. Die Rostocker Staatssicherheit konnte sich für kurze Zeit der Illusion eines "gewendeten" Fortbestehens hingeben und sich um ihre zahlreichen internen Probleme kümmern. Als auch in Rostock der inzwischen in "Amt für Nationale Sicherheit" umbenannte Staatssicherheitsdienst versuchte, heimlich die Beweise eigener Mitschuld zu vernichten, regte sich erneut massiver Protest. Hinzu kam in Rostock der IMES-Schock, eine Mischung aus Angst, Wut und Enttäuschung über schmutzigen Waffenhandel und die Unmengen in unmittelbarer Nähe gelagerten Tötungsmittel. Die Empörung führte Anfang Dezember zur Besetzung der Stasi-Dienststellen im gesamten Bezirk Rostock. Friedliche Bürger brachten den gefürchteten Geheimdienst, dieses wichtige Herrschaftsinstrument der SED, unter Kontrolle und lösten ihn schrittweise auf.

2.1 Beginn der Protestbewegung (Ende September bis Mitte Oktober)

Angesichts der bereits vorliegenden Darstellungen zum Ablauf der Ereignisse in Rostock kann ich mich auf die Nennung der wichtigsten Vorgänge als zeitliche Orientierung für die Schilderung der Reaktionen der Staatssicherheit beschränken.²¹

Chronologie der Ereignisse:

- 28. September: Mitglieder der Gruppe "Umwelt" treten mit dem Wunsch nach einer Fürbittandacht für die Leipziger Inhaftierten an Pastor Lohse von der evangelischen Petri-Nikolai-Gemeinde in Rostock heran.
- Am 5. Oktober findet nachmittags in Kühlungsborn ein erstes Treffen zur Gründung einer Gruppe des Neuen Forums in Rostock statt.
- Am selben Tag wird um 20.00 Uhr die erste Rostocker Fürbittandacht in der Petrikerche mit ca. 500 Teilnehmern zelebriert.
- Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, formiert sich zunächst um 19.45 Uhr ein Schweigemarsch von rund 50 Jugendlichen durch das Rostocker Zentrum zur Petrikerche²²; dort versammelten sich über 600 Menschen zu einer Andacht der Betroffenheit.
- Gegen 23.00 Uhr des 7. Oktober ziehen, ausgehend von Gehlsdorf, rund 30 Jugendliche durch Rostocks Innenstadt, 20 von ihnen werden durch die Volkspolizei "zugeführt".²³
- Am 11. Oktober veranstaltet das Neue Forum Rostock seinen ersten öffentlichen Auftritt in der Michaeliskirche mit ca. 500 Besuchern.
- Am 12. Oktober, zur zweiten Fürbittandacht in Rostock, versammeln sich bereits mehr als 3.000 Menschen, so daß die Veranstaltung kurzfristig in die größte Kirche, die Marienkerche, verlagert werden muß. Dieser große Zulauf manifestiert eine neue Qualität des Veränderungswillens von Rostocker Bürgerinnen und Bürgern.

²¹ Vgl. UUA: Arbeitsberichte; Ammer/Memmler: Staatssicherheit; Probst: Der Norden; Schmidtbauer: Tage; Lohse: Vor fünf Jahren. Vor allem Schmidtbauer liefert eine gute chronologische Abfolge. Wo aus den Archivmaterialien Ergänzungen eingebaut wurden, ist dies gesondert gekennzeichnet.

²² Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 9.10.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material). Die Protestierenden taufte dabei den Rostocker "Brunnen der Lebensfreude" in "Platz der Unzufriedenen" um.

²³ Vgl. ebenda.

Lageeinschätzung der Rostocker Staatssicherheit

Ende September registrierte die Rostocker BV ein bisher unbekanntes Ausmaß oppositioneller Aktivitäten. Die Schwerpunkte lagen dabei in den Städten Wismar und Rostock. Die "schriftliche und mündliche Hetze" nahm zu. Die anonym oder offen auftretenden Verfasser forderten unter anderem die Zulassung des Neuen Forums und wandten sich gegen die führende Rolle der SED. In Wismar registrierte die Kreisdienststelle Losungen wie "Bürger entscheide Dich, Flucht oder Kampf." In Rostock fand man an elf Stellen den Schriftzug "SED, nein danke!".²⁴ Man konstatierte eine äußerst kritische Lage. Der Feind sei zum ernsthaften Angriff auf die Existenz der DDR übergegangen.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang ein Schreiben des Leiters der BVfS, Mittag, das er einen Tag vor dem 40. Republikgeburtstag, also am 6. Oktober, an Mielke in dessen Eigenschaft als Minister und Politbüromitglied schickte.²⁵ Mittag drückte seine Sorge um die Stabilität im Lande aus und forderte Initiativen, um den Eindruck zu entkräften, daß die Partei- und Staatsführung die Lage nicht beherrsche. Weiter wies er darauf hin, daß durch die Passivität "dem Feind Tür und Tor geöffnet" werde. Dies führe auch in den Reihen der BVfS Rostock zu Verunsicherung und Vertrauensverlust. Außerdem begünstige das Schweigen der SED-Führung das Einsickern und Ausbreiten antisozialistischer Argumentation, insbesondere bei der Intelligenz. Mittag hielt sich nicht bei allgemeiner Kritik auf, sondern forderte konzeptionelle Vorstellungen auf folgenden Gebieten:

1. Durchsetzung des Leistungsprinzips;
2. spürbare Verbesserungen in Versorgung, Dienstleistung und Ersatzteilversorgung;
3. objektive und ausgewogene Berichterstattung in den Medien;
4. offensive und energische Auseinandersetzung mit Angriffen auf den sozialistischen Staat;
5. perspektivische Gestaltung der Reisetätigkeit.

Mit diesem Schreiben zeigte Mittag, daß er die Lage realistisch einschätzte. Zudem hatte er recht genau erkannt, durch welche Zugeständnisse die DDR-Führung zu diesem Zeitpunkt die Lage eventuell hätte entschärfen können. Insofern handelt es sich um ein bemerkenswertes Dokument. Im Gegensatz zu diesem Schreiben spielte Mittag selbst jedoch gegenüber seinen

²⁴ Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 25.9.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); Major Bohnhoff, Arbeitsbuch, Bd. 2, Dienstberatung beim Leiter BV, 8.10.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968; Verschiedene Operativinformationen, September 1989; BStU, ASt Rostock, Ordner: Operativinformationen, 2. Halbjahr 1989, 277 (unerschlossenes Material).

²⁵ Vgl. Leiter BV an Minister Mielke, 6.10.1989; BStU, ASt Rostock, Büro des Leiters (künftig: BdL), Rep. 2, 3.

Untergebenen die Situation herunter. Auf einer Dienstberatung am 8. Oktober gab er die trügerische Parole heraus: "Keine Panik, Höhepunkt wird der 7.10. gewesen sein."²⁶

Schon eine Woche später war diese Beruhigungstaktik überholt. Führende Offiziere wie Oberst Amthor, 1. Stellvertreter des Leiters, und Oberst Mähltitz, Chef der Abteilung IX (Untersuchungsabteilung), äußerten sich auf einer Dienstberatung am 14. Oktober sehr realistisch über die Lage und den Handlungsspielraum des MfS.²⁷ Amthor konstatierte massiven inneren und äußeren Druck, der das Ziel verfolge, die gesellschaftliche Entwicklung zu reformieren bzw. gänzlich zu ändern. Der Gegner erreiche nunmehr "Massenwirksamkeit" und erzeuge Druckpotential. Eine Legalisierung der Opposition lasse sich nicht mehr verhindern. Amthor kritisierte besonders, daß die Rostocker BV das Verbindungssystem der Opposition ins Ausland nicht kenne und zu wenig über die Teilnehmer der entsprechenden Veranstaltungen wisse. Das MfS als ein wichtiges Instrument der Herrschaftssicherung war also auch im Ostseebezirk zu diesem Zeitpunkt nur noch bedingt funktionstüchtig.

Auch in Rostock scheint Mitte Oktober die Möglichkeit einer gewaltsamen Unterdrückung der Proteste zumindest für die Führung der BVfS nicht mehr ernsthaft zur Debatte gestanden zu haben. Der Chef-Vernehmer der BV, Mähltitz, konstatierte: "Müssen reden, können Demo nicht auseinanderhauen, nur gegen Gewalttäter."²⁸ Daß diese Einsicht keineswegs freiwillig gewonnen wurde, sollen die nachfolgenden Ausführungen zeigen.

Maßnahmen zur Lagebeherrschung

Im Wirken des MfS lassen sich generell drei große Komplexe unterscheiden: die Informationsgewinnung, die Informationsverarbeitung und die daraus abgeleiteten Maßnahmen. Zum ersten Komplex: Der Staatssicherheitsdienst erlangte seine Informationen auf vielen Wegen. Als Hauptmethoden lassen sich die offizielle und inoffizielle Informationsbeschaffung unterscheiden. So verfügte das MfS über enge offizielle Verbindungen zur Volkspolizei, zur Abteilung Inneres der Räte der Städte und Gemeinden, zu den verschiedenen Leitungsebenen der SED, zum Datenverbundsystem der Staatlichen Versicherung und nicht zuletzt zu den Kaderabteilungen der staatlichen Betriebe und Institutionen. Diese Quellen nutzte das MfS auch im Herbst 1989.

Weitaus bedeutsamer aber war die inoffizielle, geheime, von der Zielperson möglichst unerkannte Informationsbeschaffung. Das MfS versuchte vor allem, in all jene Bereiche einzudringen, in denen "Feindkräfte" sich ungefährdet fühlten und daher Dinge preisgaben, die sie

²⁶ Major Bohnhoff, Arbeitsbuch, Bd. 2, Dienstberatung beim Leiter BV, 8.10.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968.

²⁷ Vgl. anonym, Mitschrift von Dienstberatung beim Leiter BV vom 14.10.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

²⁸ Ebenda.

öffentlich nie geäußert hätten. Typisch geheimdienstliche Methoden wurden massiv gegen das eigene Volk angewandt. Die Hauptwaffe im "Kampf gegen den Feind" waren die inoffiziellen Mitarbeiter. Die Methode "Mensch verrät Mensch" entwickelte das MfS zu bisher nie gekanntem Ausmaß. Der inoffiziellen Informationsbeschaffung dienten aber auch eine beispiellose akustische, optische und postalische Überwachung, konzentriert vor allem in den Abteilungen 26, VIII und M.²⁹ Es ist selbst für den begrenzten Zeitraum von Ende September bis Mitte Oktober 1989 unmöglich, alle Ausspähungsmaßnahmen aufzulisten. Ich beschränke mich daher auf exemplarische Beispiele.

Die BV Rostock versuchte, den sich rasant verändernden Bedingungen mit verstärktem Einsatz herkömmlicher Mittel der Informationsgewinnung zu begegnen. Insbesondere die IM sollten in dieser Phase Informationen über Initiatoren und Sympathisanten oppositioneller Aktivitäten, über deren Pläne und Strategien, erarbeiten. Namentlich seien hier nur die gegen das Neue Forum eingesetzten IM "M. Peterson" und "Beatrice Wilke" sowie der für die Ausspähung der Studentenschaft genutzte IM "Hannes Kröger" genannt.³⁰

Offenbar war man mit den Einsatzergebnissen nicht zufrieden. Oberst Amthor stellte am 14. Oktober fest, daß nicht genügend IM in "feindlichen Basisgruppen" existierten und daher die Informationserarbeitung, die Beeinflussung der Aktivitäten und die Zersetzungsarbeit ungenügend seien.³¹ Die BV habe versäumt, hinreichend Kräfte am entscheidenden Ort zur entscheidenden Zeit zu positionieren. Amthor verwies vor allem auf die erhöhte Bedeutung der sogenannten IMB (IM mit Feindverbindung). Anscheinend gab es zu wenige IM, die unmittelbaren Zugang zu den Initiatoren der Bürgerbewegung besaßen und als Top-Quelle nutzbar waren. Die herkömmlichen Methoden des Kanalisierens und Zersetzens "staatsfeindlicher Aktivitäten" konnten auch deshalb nicht wie früher greifen.

Neben dem IM-Einsatz verstärkte die BV die Telefonüberwachung und den Einbau von "Wanzen". Vor allem die Telefone kirchlicher Mitarbeiter wurden abgehört.³² So war der Staatssicherheitsdienst nicht zuletzt durch die Telefonüberwachung eines Gründungsmitgliedes des Rostocker Neuen Forums über Erfolg und Verlauf der Veranstaltung am 11. Oktober in der Michaeliskirche informiert. Mit Hilfe verstärkter Postüberwachung versuchte man, die republikweiten Organisations- und Koordinationsbemühungen Rostocker "Rädelsführer" zu fixieren. Allerdings erbrachte dies nur wenige bedeutsame Informationen,

²⁹ Vgl. dazu zum Beispiel: David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 140–146.

³⁰ Vgl. Ordner: Operativinformationen, 2. Halbjahr 1989; BStU, ASt Rostock, 277 (unerschlossenes Material).

³¹ Vgl. anonym, Mitschrift von Dienstberatung beim Leiter BV vom 14.10.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

³² Vgl. BStU, ASt Rostock, Abt. 26, Rep. 4, 68/77/78. Darin ganze Auflistungen von sogenannten A- und B-Maßnahmen (Telefon- und Wanzenüberwachung, unerschlossenes Material).

da die Initiatoren gerade in diesem Punkt eigene Erfahrungen mit den MfS-Methoden berücksichtigten und Gegenmittel (z. B. Kuriere) nutzten.³³

Die von der Staatssicherheit gewonnenen Informationen wurden zunächst in den einzelnen Dienstseinheiten gesammelt und "verdichtet", das heißt die wichtigsten Erkenntnisse herausgearbeitet. Sachverhalte von besonderer Bedeutung gingen als Operativinformationen an den Leiter der BV und die zu beteiligenden Dienstseinheiten. Besonderes Gewicht besaß in diesem Prozeß die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), die man als Auffang- und Verarbeitungsstation betrachten kann. Sie sammelte und analysierte die Einzelinformationen, verglich sie und versuchte, einen objektivierten und sachlich präzisen Extrakt zu erstellen. Von großer Bedeutung für die Informationssammlung und -verdichtung war auch die Zentrale Personendatenbank (ZPDB). Diese Einrichtung ermöglichte es dem MfS seit Anfang der achtziger Jahre, in kürzester Zeit DDR-weit Daten über "operativ bedeutsame" Personen und Sachverhalte einzuspeichern, abzurufen und auszuwerten. Bezogen auf die Herbstereignisse 1989 bestand die Weisung, alle oppositionell aktiven Personen in der ZPDB zwecks späterer Nutzung zu erfassen.³⁴ Die AKG-Arbeit und die ZPDB dienten auch als empirische Grundlage für Meldungen an die zentralen Gremien des Ministeriums in Berlin (u. a. für die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) und an den Leiter der BV. In Operativinformationen, Lageberichten, Lageeinschätzungen, Tagesberichten etc. wurden die wichtigsten Erkenntnisse über beteiligte Personen, Absichten bzw. Aktivitäten komprimiert und dienten somit als Grundlage für Entscheidungen über Gegenaktionen. Das Wichtigste reichte die BV als "Parteiinformationen" (PI) an die entsprechenden Leitungsgremien der SED weiter. Die Partei war also über bedeutsame Vorgänge und geheimdienstliche Erkenntnisse immer relativ gut und umfassend informiert.

Welche Schlußfolgerungen für Gegenmaßnahmen zog die BV aus den gewonnenen Informationen? Angesichts des Informationsdefizites wollte man zunächst den IM-Einsatz verstärken. Sollten in bestimmten Gruppierungen und Bereichen keine oder nicht brauchbare IM existieren, waren durch die zuständigen Dienstseinheiten nach Möglichkeit sofort IM zu werben.³⁵ Die IM hatten genauere Informationen insbesondere zu Zeitpunkten, Abläufen, geplanten Aktivitäten und erwarteten Teilnehmerzahlen zu liefern. Ausgehend von einer deutlich intensiveren Informationsbeschaffung wollte die BV dann durch eigene operative Maßnahmen und "politisch-operatives Zusammenwirken" mit anderen Institutionen die

³³ Vgl. Ordner: Operativinformationen, 2. Halbjahr 1989; BStU, ASt Rostock, 277 (unerschlossenes Material); BStU, ASt Rostock 506 (unerschlossenes Material).

³⁴ Vgl. Leiter BV an Leiter Dienstseinheiten (künftig: DE), Orientierungen zur konsequenten Unterbindung von Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen, 28.9.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, 4192.

³⁵ Vgl. Leiter BV an Leiter DE, Demonstrative Handlungen am 12.11. und 14.10.1989 in Rostock, 11.10.1989; BStU, ASt Rostock, 507 (unerschlossenes Material).

Protestbewegung zurückdrängen. So gab Generalmajor Mittag Ende September die Anweisung, jegliche Versuche zur Verbreitung von Pamphleten und Aufrufen, zur Sammlung von Unterschriften und zur "Formierung feindlich-negativer Kräfte für DDR-weite Sammlungsbewegungen" zu unterbinden und Beweise für spätere Strafverfahren zusammenzutragen.³⁶ Initiatoren und Mitglieder sollten unter ständiger Kontrolle gehalten und in Operativen Vorgängen (OV) bzw. Operativen Personenkontrollen (OPK) bearbeitet werden. In sogenannten Sicherungsbereichen richteten MfS und Volkspolizei gemeinsame Führungspunkte ein. Außerdem sollte die Polizei die "Rädelsführer" der Proteste an "Zuführungspunkte" bringen, die nicht etwa der Polizei, sondern der Untersuchungsabteilung der Stasi (Abt. IX) unterstanden.³⁷

Für eine möglichst ungestörte Durchführung der Jubelfeiern zum 7. Oktober hatten die Diensteinheiten in Abstimmung mit den Abteilungen Inneres der Städte und Gemeinden oppositionelle Gruppen auch dadurch zu zersetzen, daß ausgewählte Antragsteller auf ständige Ausreise und Übersiedlungersuchende abgeschoben wurden. Spektakuläre "Grenzdurchbrüche" waren zu verhindern und Kirchenmitarbeiter, welche die oppositionellen Bestrebungen unterstützten, bei der Kirchenleitung zu denunzieren. Sie sollten möglichst durch die Kirche selbst diszipliniert werden. Die Rolle des Werkzeuges hatte die BV den Abteilungen Inneres der Räte der Städte und Gemeinden zugedacht. Der Geheimdienst wollte als Drahtzieher im Hintergrund bleiben.³⁸ In den einzelnen Städten sollten die KD den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen Vorschläge unterbreiten, wann, wie und wo "gesellschaftliche Kräfte" (Parteimitglieder, Kampfgruppenangehörige, FDJler etc.) organisiert einzusetzen wären.³⁹ All diese Pläne zielten auf eine Destabilisierung und Zersetzung der "feindlich-negativen" Zusammenschlüsse, die Isolierung der Inspiratoren und die Verhinderung von öffentlichen Aktionen.

Es gibt freilich auch Belege dafür, daß in dieser Phase die Bereitschaft, gewaltsam gegen die Bürgerbewegung vorzugehen, noch vorhanden war. Die Pläne zur "Mobilmachung", zur Überführung in den Spannungs- bzw. Kriegszustand, lagen fertig ausgearbeitet in den Schubladen und wurden weiter aktualisiert. So legte die KD Wolgast am 30. September entsprechende Pläne zum "Isolierungsobjekt der Kreisdienststelle Wolgast" mit fertigen Lage-

³⁶ Vgl. Leiter BV an Leiter DE, Orientierungen zur konsequenten Unterbindung von Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/-Vereinigungen, 28.9.1989; BStU, ASt Rostock, BdL 4192.

³⁷ Vgl. ebenda; Leiter BV an Leiter DE, Ergänzende Festlegungen zur pol.-op. Sicherung der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der DDR, 30.9.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, 4191.

³⁸ Vgl. ebenda.

³⁹ Vgl. ebenda.

und Einteilungsplänen vor.⁴⁰ Darüber hinaus wies Mittag am 9. Oktober den Leitern der Dienstseinheiten den möglichen Weg: "Es geht darum, alle Personen, von denen gegenwärtig eine besondere Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen könnte, herauszuarbeiten."⁴¹ Insbesondere potentielle Führungskräfte und zu Gewalt bzw. Brutalität neigende Personen, die unter den aktuellen Bedingungen "feindliche Handlungen durchführen oder beabsichtigen" könnten, waren aufzulisten. Eine entsprechende Übersicht hatte die AKG bis zum 10. Oktober, 17.00 Uhr, an den Chef der Arbeitsgruppe des Leiters der BV (AGL) zu übergeben. Weitere Rückschlüsse ermöglichen Aufzeichnungen eines mittleren Führungskaders der BV vom 9. Oktober. Daraus geht hervor, daß man sich auf solche Personen konzentrierte, die entsprechend dem MfS-internen Kennziffernsystem im Mobilmachungsfall verhaftet und isoliert werden sollten. Zu fixieren waren Personen, die zu Handlungen entsprechend den Kennziffern 4.1.1 und 4.1.3 neigten, "die sofort losmarschieren würden", konkret "Antragsteller auf ständige Ausreise, Republikfluchtverdächtige, Rädelsführer und Sympathisanten der Opposition, negativ-dekadente Jugendliche, gewalttätige Personen".⁴² Für die Bereitschaft, Konflikte gewaltsam zu lösen, spricht auch eine Weisung, die Mittag, der damit einen Befehl Mielkes weiterleitete⁴³, auf einer Dienstberatung am 8. Oktober gab: ab sofort hatten alle Waffenträger ihre Pistolen am Mann zu führen. Anfang Oktober schien also auch in Rostock noch jede Lösung möglich. Die Rostocker Bezirksverwaltung legte ihr Hauptaugenmerk zwar auf eine nichtkonfrontative Destabilisierung und Zersetzung der wachsenden Proteste und entstehenden Gruppierungen. Die Option eines gewaltsamen Vorgehens bis zur Konsequenz bewaffneten Handelns und der Verhaftung bzw. Isolierung von "feindlich-negativen" Personen hielt sie sich zu diesem Zeitpunkt aber noch offen. Freilich schätzte die Bezirksverwaltung bereits in jenen Tagen die Lage relativ realistisch ein. Diese Tendenz verstärkte sich durch die Signalwirkung der Ereignisse von Dresden, Berlin und Leipzig zwischen dem 4. und 9. Oktober und der dabei getroffenen politischen Grundsatzentscheidungen. Am Ende der ersten Phase, Mitte Oktober, wäre die Rostocker BVfS zwar noch in der Lage gewesen, den im Bezirk beginnenden Protestbestrebungen gewaltsam entgegenzutreten, angesichts der allgemeinen Entwicklung in der DDR und eigener – wenngleich begrenzter –

⁴⁰ Vgl. Auskunftsbericht über das Isolierungsobjekt der Kreisdienststelle Wolgast, erarbeitet am 30.9.1989 durch Major Will, bestätigt durch Leiter der KD Wolgast, Oberstleutnant Christ; BStU, ASt Rostock, Mustermappe zum Kennzifferkomplex 4 und Material zum Verhalten im Falle des Übergangs vom Frieden in den Verteidigungszustand (unerschlossenes Material).

⁴¹ Leiter BV an Leiter DE – persönlich, 9.10.1989; BStU, ASt Rostock, Ordner: Befehle, Weisungen und Orientierungen (unerschlossenes Material).

⁴² Vgl. anonym, Mitschrift von RLB Abt. XX vom 9.10.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); Gill/Schröter: Ministerium, S. 169. (Kennziffer 4.1.1.: Verhaftung, Kennziffer 4.1.3.: Isolierung).

⁴³ Fernschreiben des Ministers an die Leiter der Dienstseinheiten vom 8.10.1989; VVS MfS o008-71/89; BStU, ZA, DSt 103625.

Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen zogen ihre Mitarbeiter das aber mehrheitlich wohl nicht mehr in Erwägung.

2.2 Die Macht der "Straße" (Mitte Oktober bis 9. November)

Die zweite Phase der Auseinandersetzungen war im Ostseebezirk von ständig wachsendem Massenprotest gegen die gesellschaftlichen Mißstände geprägt. Die BVfS Rostock sah sich immer mehr in die Rolle eines Beobachters gedrängt, der die Ereignisse nur noch registrierte. Außerdem wurde der Staatssicherheitsdienst zunehmend selbst zum Ziel der Bürgerproteste. Losungen wie "Stasi raus – macht daraus ein Krankenhaus" oder "Schämt Euch" drangen den MfS-Mitarbeitern in die Ohren.

Chronologie der Ereignisse:

- Am 19. Oktober finden in der Marien- und Petrikerkirche in Rostock erneut Fürbittandachten statt; erstmals reagieren auch die staatlichen Stellen mit einem "Offenen Brief des Rates der Stadt Rostock an alle Einwohner der Ostseemetropole"; im Anschluß an die Gottesdienste kommt es zur ersten "Donnerstags-Demo" in der Bezirksstadt mit mehreren tausend Teilnehmern.⁴⁴
- Am Sonnabend, dem 21. Oktober, versammeln sich erneut mehrere tausend Demonstranten zu einem Marsch durch die Rostocker Innenstadt; dabei ereignen sich erstmals Zwischenfälle (z. B. Blockierung von Straßenbahnen).
- Der erste Rostocker Dialog findet am Dienstag, dem 24. Oktober, statt; wegen Überfüllung wird es nicht im Rathaus, sondern im Kultursaal der Post abgehalten.
- In diesen Tagen werden Demonstrationen, Friedensgebete und Diskussionsveranstaltungen auch aus den anderen Städten des Bezirks, so aus Bad Doberan, Wismar, Greifswald und Stralsund gemeldet.
- Am 26. Oktober finden in Vorbereitung auf die nächste Donnerstags-Demonstration in Rostock erstmals Gespräche zwischen Vertretern der Bürgerbewegung bzw. Kirchen und staatlichen Funktionären statt; das Neue Forum wird damit in der Bezirksstadt als Verhandlungspartner anerkannt und de facto legalisiert.
- Am Abend desselben Tages versammeln sich in vier Rostocker Kirchen und zur anschließenden Demonstration wieder mehrere tausend Bürger; im Gegensatz zu anderen DDR-Städten stellen sich keine führenden Vertreter der SED-Bezirks- oder Kreisleitungen bzw. des Rates des Bezirkes der öffentlichen Auseinandersetzung.

⁴⁴ Vgl. hierzu und zum folgenden Schmidtbauer: Tage, Bd. 1, S. 30; Lohse: Vor fünf Jahren, S. 21.

- Am Sonnabend, dem 28. Oktober, demonstrieren ca. 10.000 Rostocker für gesellschaftliche Veränderungen; im Anschluß daran kommt es auf dem Ernst-Thälmann-Platz zu einer "Diskussion" zwischen Tausenden Bürgern und Oberbürgermeister Schleiff.
- Das Rostocker Neue Forum veröffentlicht am 30. Oktober ein programmatisches Diskussionspapier "Was ist und was will das Neue Forum?".
- Am Donnerstag, dem 2. November, treffen sich in Vorbereitung der abendlichen Ereignisse erneut führende Vertreter des Neuen Forums und hochrangige Funktionäre der SED und des Staatsapparates; erstmals nimmt ein hoher MfS-Vertreter, der 1. Stellvertreter des Leiters der BV, Oberst Amthor, teil; damit akzeptiert auch die BV halb offiziell die zu erwartenden Proteste.
- Die abendlichen Gebetsandachten und die anschließende Demonstration vereinen 40.000 Bürger aus Rostock und Umgebung, die auf der Straße vor allem ihren Unmut über die unbefriedigenden Ergebnisse der Dialogversuche ausdrücken.
- Wie in der gesamten DDR wird auch in Rostock der 4. November zu einem Höhepunkt der Veränderungsbestrebungen; in der Bezirksstadt gehen 30.000 Menschen auf die Straße; zuvor hatte der Bezirkschef des Staatssicherheitsdienstes, Mittag, in einem Interview mit dem SED-Parteiblatt "Ostsee-Zeitung" die Beibehaltung friedlicher Formen der Auseinandersetzung zugesichert und selbst von den Demonstranten gefordert.
- Am 5. bzw. 6. November ist die Sport- und Kongreßhalle Rostock Ort großer Veranstaltungen; in einer öffentlichen, außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung unterstützen die Abgeordneten erstmals partiell Reformforderungen; damit wird auch für den Rostocker Staatssicherheitsdienst der Handlungsspielraum weiter eingeengt.
- Der 9. November stellt für die Bezirksstadt einen Kulminationspunkt dar; am frühen Abend findet eine SED-Kundgebung auf dem Karl-Marx-Platz statt, die als Gegengewicht zu der erwarteten "Donnerstags-Demo" und als "Manifestation für die Erneuerung des Sozialismus" durch die örtlichen SED-Leitungen gedacht ist; an ihr nehmen ca. 6.000 Menschen teil. Die Parteibasis verändert jedoch den Charakter dieser Veranstaltung und übt harte Kritik an den SED-Funktionären; kurz nach der Kundgebung versammeln sich erneut mehr als 40.000 Menschen im Anschluß an die Gebetsandachten zur Demonstration durch die Innenstadt; dabei versuchen nicht eindeutig zuzuordnende Kräfte, in bislang unbekanntem Maße gewaltsame Übergriffe vor allem auf die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit zu initiieren; die Gefahr einer gewaltsamen Konfrontation und Eskalation ist wesentlich größer als bei den letzten Demonstrationen.

Lageeinschätzung durch die Rostocker BVfS

Hinsichtlich der Lageeinschätzung und taktischen Grundrichtung lassen sich für die Zeit von Mitte Oktober bis zum 9. November zwei unterschiedliche Tendenzen erkennen. Während die BV bis Ende Oktober noch jeden Kontakt mit den oppositionellen Kräften strikt ablehnte und diese durch Zwangsmaßnahmen sowie innere Zersetzung zu bekämpfen versuchte, änderte sie Anfang November ihre Taktik. Die BV-Führung nahm formell das Dialogangebot der Oppositionsvertreter an und orientierte nach außen auf eine gewaltlose Austragung der Konflikte.⁴⁵ Dieser Wandel in der taktischen Grundhaltung entsprang zum einen den allgemeinen politischen Vorgaben der SED und zum anderen einer modifizierten, realistischen Einschätzung der gesellschaftlichen Situation. Die ehemals bestehende enge Zusammenarbeit mit Polizei, Staatsapparat, Kampfgruppen etc. hatte sich gelockert, da die Protestbewegung auch immer mehr Unzufriedene aus deren Reihen erfaßte. Ein MfS-Offizier notierte: "Der Gegner hat Kraft."⁴⁶

Die Aktivitäten der Rostocker Bezirksverwaltung zur "Lagebeherrschung"

In der Zeit von Mitte Oktober bis zum 9. November gewannen die Veränderungsbestrebungen immer stärkere Eigendynamik. Die Ereignisse überschlugen sich. Der Staatssicherheitsdienst war nicht mehr in der Lage, die vielen Geschehnisse und Entwicklungen zu beobachten und zu analysieren, geschweige denn aktive Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Den oppositionellen Aktivitäten war mit den hergebrachten MfS-Methoden nicht beizukommen. Die alten Unterdrückungsmechanismen versagten unter den qualitativ neuen Bedingungen.

Die Rostocker BV konzentrierte sich nach wie vor auf jene Maßnahmen der Informationsbeschaffung und -verdichtung, die bereits dargestellt worden sind. Doch der Einsatz von IM, die Telefon- und "Wanzen"-Überwachung durch die Abteilung 26, die Postkontrolle durch die Abteilung M und die Observation durch hauptamtliche Kräfte erwiesen sich als relativ nutzlos. Hinzu kam, daß die Abteilung M wegen drohender Aufdeckung ihre Tätigkeit weitgehend einstellen mußte.⁴⁷ Ebenso blieb für ausgiebige Observationen kaum noch Gelegenheit, da die hauptamtlichen Kräfte immer stärker für die Absicherung der MfS-Dienststellen selbst eingesetzt wurden. Angesichts dieser Entwicklung werden im folgenden nur jene Maßnahmen beleuchtet, die sich als Besonderheiten dieser Phase herauskristallisierten.⁴⁸ Die Aktivitäten der Rostocker Staatssicherheit kann man in dieser Zeit in zwei engver-

⁴⁵ Vgl. Major Bohnhoff, Arbeitsbuch, Bd. 2, Dienstberatungen beim Leiter BV, 25.10. bzw. 2.11.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968.

⁴⁶ Ebenda, 25.10.1989.

⁴⁷ Vgl. BStU, ASt Rostock, Abt. 26, Rep. 4, 68/77/78; BStU, ASt Rostock, Rep. 4, 50–53 (unerschlossenes Material der Abt. M: Postüberwachung).

⁴⁸ Vgl. dazu besonders BStU, ASt Rostock, 507 (unerschlossenes Material).

knüpfte Bereiche unterteilen: zum einen Informationsgewinnung und Bearbeitung der alternativen Gruppierungen, zum anderen direkte Versuche zur "Beherrschung" der Veranstaltungen in den Kirchen, der Dialoggespräche und vor allem der Demonstrationen.

Wenden wir uns zunächst dem ersten Komplex zu. Um an Informationen über Pläne und Aktivitäten der Gruppen zu gelangen, versuchte die BV ihre IM in Vorbereitungs- und Organisationsgremien vor allem des Neuen Forums zu lancieren. Sie sollten dort, wie gehabt, "Initiatoren und Rädelsführer" identifizieren, geplante Protestaktionen ausspionieren, Personen und Ziele beeinflussen sowie ein eventuelles überörtliches Zusammenwirken überwachen.⁴⁹ Die von Mielke als "Hauptwaffe" des MfS bezeichneten IM erzielten jedoch kaum Wirkung. So besaß die Rostocker BV Ende Oktober noch keine inoffizielle Quelle in den Führungs- und Entscheidungsgremien der Gruppen. Ein hochrangiger Offizier der Abteilung XX, wahrscheinlich ihr Leiter, Oberstleutnant Klawun, notierte am 23. Oktober: "Bisher nicht inoffiz. in Org.-zentren verankert."⁵⁰ Die KD Rostock-Stadt orientierte noch am 25. Oktober darauf, daß die "Suche und Auswahl geeigneter IM [...] bis zum 27.10.1989 abzuschließen" sei, obgleich zu diesem Zeitpunkt wichtige Weichenstellungen für die Rostocker Proteste längst erfolgt waren.⁵¹

In einem Bericht vom 31. Oktober stellte die AKG ihre Erkenntnisse zum "Stand der Formierung oppositioneller Sammlungsbewegungen im Bezirk Rostock (Stand 31.10.1989)" vor. Zwar wurden 43 Initiatoren und Führungskräfte des Neuen Forums namentlich benannt, doch Top-Quellen befanden sich nicht darunter.⁵² Den interessantesten Beweis für dieses "Manko" liefert für die Stadt Rostock eine "Übersicht IM zum Neuen Forum (Struktur) – Stand 10.11.1989".⁵³ Demnach gab es im Sprecherrat auch zu diesem Zeitpunkt keinen IM. Jedoch gelang es der BV, einen sogenannten Themengruppenleiter⁵⁴, die IMS "W. Sander" und "P. Vetter" der KD Rostock als Gruppensprecher sowie den IMS "Bernhard" der Abteilung XVIII/Referat 3 als stellvertretenden Gruppensprecher in Wohngebietsgruppen zu installieren. Ferner benennt die Übersicht neun weitere IM als einfache Mitglieder von Wohngebietsgruppen.⁵⁵ Aus den Unterlagen geht das Ziel des jeweiligen IM-Einsatzes hervor. Inoffizielle Mitarbeiter wie "Hanns Kröger", "Harald", "Thomas Tosch", "Peter Otto",

⁴⁹ Vgl. Berichte Abt. XX, 27.10./29.10./3.11./6.11./8.11./10.11./11.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material); ebenda, Handschriftliche Notizen, 3.11.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁵⁰ Vgl. anonym, Mitschrift von RLB vom 23.10.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

⁵¹ Vgl. KD Rostock-Stadt, Maßnahmeplan zur operativen Bearbeitung der Organisatoren und Inspiratoren des sogenannten Neuen Forum, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁵² Vgl. BStU, ASt Rostock, 507 (unerschlossenes Material).

⁵³ Vgl. BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁵⁴ Ohne Decknamennennung und Hinweis auf die konkrete Gruppe, aber bis dato IM der Abt. XX/Referat 1.

⁵⁵ Vgl. ebenda.

"Bastian", "Moses" oder "Karin Wolf" sollten Beziehungen zum unmittelbaren Führungskreis des Rostocker Neuen Forums herstellen, dessen Ziele und Planungen ausspionieren und eventuell Einfluß nehmen. "Schaffung und Einsatz territorialer, positiver Personen zur Beeinflussung bzw. Neutralisierung einzelner, sich politisch-negativ exponierender Kräfte" – so bezeichnete die KD Greifswald im MfS-Stil derartige Methoden.⁵⁶ Den Arbeitskreis "Ökologie/Ökonomie" spähte der IM "Udo" aus, den Arbeitskreis "Bildung/Kunst" der IM "Beatrice Wilke".⁵⁷ Der letztgenannte IM sollte sich auch um die "Betreuung" des sogenannten "Hauskreises" innerhalb des Rostocker Neuen Forums kümmern, während das Hauptziel des IM "Kerstin Lange" in der Ausspähung der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) bestand.⁵⁸

Wie das Anschleusen an die oppositionellen Gruppen ablaufen konnte, zeigt das Beispiel des erwähnten IMS "Bernhard" der Abteilung XVIII/Referat 3. Er berichtete seinem Führungsoffizier, daß ein führender Vertreter des Rostocker Neuen Forums ihn aufgefordert habe, sich an einem Arbeitskreis zu beteiligen. Die darauffolgende Instruktion des Führungsoffiziers lautete, "Bernhard" solle sich engagieren und zur Vertrauensgewinnung ganz an den Verhaltensweisen des Bekannten orientieren. Der IM hatte zu diesem Arbeitskreis Informationen zu Personen und Inhalten zu erarbeiten bzw. zersetzend von innen zu wirken. Die Zersetzungsarbeit war folgendermaßen geplant: Der IM hatte kundzutun, daß seine Vorgesetzten auf gar keinen Fall von seiner Mitwirkung im Neuen Forum erfahren dürften, da ihm sonst schwere berufliche Konsequenzen drohten. Diese Argumentation sollte die heimlichen oder offenen Ängste von Gruppenmitgliedern nähren und den schließlichen Verzicht aus Angst vor beruflichen Folgen bewirken.⁵⁹ Dieses Beispiel zeigt, wie man Zersetzungsarbeit durch Einschleusung und Nutzung von IM zu realisieren gedachte. Dabei hatte man allerdings die Dynamik der Entwicklung unterschätzt, die zu diesem Zeitpunkt durch solche Zweifel nicht mehr entscheidend beeinflusbar war. Immerhin aber gelang es dem IM "Bernhard", bis zum stellvertretenden Gruppensprecher einer Wohngebietsgruppe "aufzusteigen".

Auch in anderen Städten und Gegenden des Bezirkes versuchten die Diensteinheiten des MfS in ähnlicher Weise, inoffizielle Mitarbeiter in die oppositionellen Gruppierungen

⁵⁶ Chiffriertes Fernschreiben der KD Greifswald an Leiter BV, 4.11.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material). Vgl. auch: KD Rostock, Maßnahmeplan zur operativen Bearbeitung der Organisatoren und Inspiratoren des sogenannten Neuen Forum, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material); KD Rostock, Referat VI, Information zur Demonstration am 26.10.1989, 30.10.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

⁵⁷ Vgl. ebenda; Abt. XX, Operativinformation – Erkenntnisse über Strukturen des Neuen Forum im Stadtgebiet von Rostock, 26.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁵⁸ Vgl. handschriftliche Notizen, Abt. XX, 3.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

⁵⁹ Vgl. Abt. XVIII/Referat 3, Information nach Bericht des IM "Bernhard", 24.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

einzuschleusen und Einfluß auf deren Entwicklung zu gewinnen. So gelang es der KD Wismar, bei einer der ersten Veranstaltungen des Neuen Forums am 23. Oktober in Voßkuhl (bei Wismar) zu erreichen, daß sich unter den ca. 100 Teilnehmern rund 20 "progressive gesellschaftliche Kräfte" befanden. Drei von ihnen waren IM: "Günter Reetz", "Andreas Schlegel" und "Paul Freitag".⁶⁰ Speziell auf einen führenden Wismarer Vertreter des Neuen Forums wurde der IM "Roman Meißner" angesetzt. Der IM erhielt von seinem Führungsoffizier die Instruktion, sich mit einem Brief an den Betreffenden zu wenden. "R. Meißner" schrieb diesen Brief auftragsgemäß am 22. Oktober, biedernte sich als ein vom DDR-Staat beruflich hart gemaßregelter Bürger an und bat um Informationen bzw. Ansprechpartner. Über die weiteren Aktivitäten des IM vermerkte der Führungsoffizier in seinem Treffbericht vom 24. Oktober, daß "R. Meißner" auch künftig bereit sei, nach Instruktion mit dem Neuen Forum in Kontakt zu bleiben und darin eine Funktion zu übernehmen.⁶¹

Die Rostocker BV versuchte, jeden Ansatzpunkt für eine mögliche Destabilisierung und Zersetzung zu nutzen. Als Ende Oktober bekannt wurde, daß aufgrund von Differenzen zwischen dem Neuen Forum und der Kirche in Berlin der Bezirk Rostock ein "Aktions-schwerpunkt" werden sollte, schrillten die Alarmglocken.⁶² Eine offenbar unter Leitung der Abteilung XX gegründete Arbeitsgruppe Neues Forum der BV hatte schon kurz zuvor "gesellschaftliche Einflußnahme" auf bekannte Organisatoren über die Polizei gefordert, vor allem aber über die berufliche Schiene, durch Betriebsleiter und Parteisekretäre der Betriebe. Ob das konkrete Folgen hatte, ist unbekannt.⁶³ Nunmehr sollten verstärkt die Schwachstellen der oppositionellen Gruppen und Unterschiede zwischen ihnen bzw. ihren Vertretern zur Zersetzung genutzt werden. So wollte die Rostocker Staatssicherheit den Umstand nutzen, daß es Ende Oktober offenbar erste Differenzen zwischen dem Rostocker Neuen Forum und kirchlichen Kreisen gab, da einige Vertreter des Neuen Forums den Schutz der Kirche nicht mehr als notwendig erachteten und direkt von den staatlichen Organen andere Räumlichkeiten zu fordern gedachten.⁶⁴ Besonders über die Stellvertreter für Inneres der Räte der Städte und Gemeinden sollte Einfluß auf die führenden Kirchenkreise genommen und die "realistischen" Kräfte für die Forderungen des Staates und des MfS zugänglich gemacht werden.⁶⁵ Über den

⁶⁰ Chiffriertes Fernschreiben KD Wismar an 1. Stellvertreter des Ministers, an Leiter BV und andere, Operativinformation über den Verlauf der Veranstaltung der oppositionellen Bewegung Neues Forum am 23.10.1989 in Voßkuhl, Kreis Wismar, 24.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁶¹ Vgl. Arbeitsunterlagen Abt. XVIII, Referat 1, Bd. 3; BStU, ASt Rostock, 66.

⁶² Vgl. KD Rostock/Referat VI, Information zur Demonstration am 26.10.1989, 30.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁶³ Vgl. KD Rostock, Maßnahmeplan zur operativen Bearbeitung der Organisatoren und Inspiratoren des sogenannten Neuen Forum, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁶⁴ Vgl. Bericht AKG, Stand der Formierung oppositioneller Sammlungsbewegungen im Bezirk Rostock (Stand 31.10.1989), 31.10.1989; BStU, ASt Rostock, 507 (unerschlossenes Material).

⁶⁵ Vgl. Abt. XX, Operativinformation – Haltung katholischer Amtsträger zu den gegenwärtigen pol. Entwicklungen in der DDR, 24.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material); Leiter KD

Erfolg dieser Taktik geben die Unterlagen keinen Aufschluß. Er kann angesichts der weiteren Entwicklung allerdings nur sehr gering gewesen sein.

Auch ein anderer Zersetzungsversuch mißlang offensichtlich. Anfang November stellte die Abteilung XX fest, daß zwischen dem sogenannten "Hauskreis" des Rostocker Neuen Forums und dem Koordinierungskreis in der Frage der Beteiligung der Basis bei wichtigen Entscheidungen Meinungsunterschiede bestanden.⁶⁶ Auch darin sah das MfS eine Chance, einen Keil zwischen die Initiatoren der Protestbewegung zu treiben. Aber offenbar reichten zu diesem Zeitpunkt bereits die Möglichkeiten zur Umsetzung einer wirksamen Zersetzungsstrategie nicht mehr aus.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß die Rostocker BV zwar eine Vielzahl an Informationen über personelle Zusammensetzung, Aktivitäten und Absichten der sich rasch entwickelnden Protestbewegung sammelte, jedoch in der entscheidenden Aufbauphase keine direkte inoffizielle Einflußmöglichkeit auf die unmittelbare Führungsebene und damit auf deren Pläne bzw. Aktivitäten besaß. Dieser Umstand wog um so schwerer, als weder die Staatsorgane insgesamt noch das MfS in Rostock der schnell wachsenden Protestbewegung aktiv und offen repressiv entgegentreten wollten oder konnten.

Wie reagierte die Rostocker Bezirksverwaltung auf die Vielzahl der Fürbittandachten, Gottesdienste und Demonstrationen in den Wochen zwischen Mitte Oktober und dem 9. November 1989? Seit dem 19. Oktober, als es im Anschluß an die Fürbittandachten zur ersten Donnerstags-Demo in der mit Abstand größten Stadt des Bezirkes kam, erreichten die "Demonstrativhandlungen feindlich-negativer Personen" eine Intensität, der weder die anderen Staats- und SED-Organen noch die Staatssicherheit etwas entgegenzusetzen vermochten. Innerhalb von knapp vier Wochen, im Donnerstag-Sonnabend-Rhythmus, wuchs die Zahl der protestierenden und damit potentiell "feindlichen" Kräfte allein in der Bezirksstadt rasch von 3.000 auf 40.000 Personen an. Auf eine derartige Quantität und Qualität war die Rostocker Staatssicherheit nicht vorbereitet. Statt die "Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung" zerschlagen zu können, mußten die Mitarbeiter der BVfS einsehen, daß sie nicht einmal alle relevanten Informationen sammeln, geschweige denn verarbeiten und auswerten konnten. Was jahrzehntelang gegenüber vereinzelt Personen und Bestrebungen funktioniert hatte, erwies sich in der neuen Situation als untauglich. So sind die Aktivitäten der BV gegen Protest- und Veränderungsbestrebungen in dieser Phase vornehmlich durch Passivität, Anpassungsversuche zur eigenen Rettung und abwartende Hilflosigkeit gekennzeichnet. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß dem Volk auf der Straße auch noch im November

Rostock an Abt. XX, Politisch-operative Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der kirchlichen Friedensdekade 1989, 7.11.1989; BStU, ASt Rostock, 507 (unerschlossenes Material).

⁶⁶ Vgl. Abt. XX, Bericht, 3.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

1989 mit dem Staatssicherheitsdienst ein bis dato gefürchteter Geheimdienst gegenüberstand, geschult und stark bewaffnet. Ein Zufall, eine unbedachte Handlung hätte in der äußerst angespannten Situation eine Eskalation der Gewalt mit unabsehbaren Folgen auslösen können.

Die erste, spontan entstandene Rostocker Donnerstags-Demo traf die Bezirksverwaltung relativ unvorbereitet. Offensichtlich lagen keinerlei Hinweise vor, daß mit einer derartigen Aktion im Zusammenhang mit der Fürbittandacht zu rechnen wäre. Schon daran wird deutlich, daß die einstmals wichtigste Waffe des MfS, inoffizielle und offizielle Vorabinformation, nicht mehr wie zuvor funktionierte. Schon damit hatte das MfS einen bedeutenden Teil seiner Wirksamkeit eingebüßt. Da auch eine gewaltsame Unterbindung der Demonstration angesichts der "Entscheidung" von Leipzig am 9. Oktober nicht zur Debatte stand, konnte die Staatssicherheit in Rostock den Demonstrationenzug lediglich "begleiten". Dies tat sie denn auch und fertigte darüber im nachhinein fein säuberlich

schriftliche Verlaufsinformationen und eine umfangreiche Fotodokumentation an.⁶⁷ "Rädelsführer" und "Initiatoren" wurden nach Möglichkeit namentlich identifiziert, auch indem man den inoffiziellen Mitarbeitern Fotos vorlegte. Zwangsmaßnahmen blieben jedoch aus. Auch in anderen Städten des Bezirkes fanden am Abend des 19. Oktober oppositionelle Veranstaltungen statt, so zum Beispiel ein Forum in der Mensa der Universität Greifswald. Die dortige Kreisdienststelle hatte die Verstärkeranlage angezapft, um die Veranstaltung konspirativ mitzuschneiden, doch der zuständige hauptamtliche Mitarbeiter mußte rapportieren: "Der zweite Teil der Veranstaltung konnte nicht per Band aufgezeichnet werden, da an die einzig zur Verfügung stehende Buchse dieser Anlage ein Lautsprecher angeschlossen wurde, um den vor dem Eingang der Mensa stehenden Bürgern eine indirekte Teilnahme am Forum zu ermöglichen."⁶⁸

Auf die Demonstration am Sonnabend, dem 21. Oktober, war die Rostocker Bezirksverwaltung besser vorbereitet. Schwerpunkt war, die Objekte der Partei- und Staatsorgane sowie die Gebäude der Bezirksverwaltung des MfS zu sichern. Darin bestand von nun an die Hauptaufgabe des Geheimdienstes. Das weitergehende Sammeln und Verdichten von Informationen war vor allem routinemäßige Weiterbeschäftigung und diente der "Beweissicherung" für eine Zeit "danach". Zu Repression und Verfolgung führten die erarbei-

⁶⁷ Vgl. BStU, ASt Rostock, 435 (unerschlossenes Material); ebenda, UUA, 108; Abt. XX, Bericht über vorliegende Hinweise zur Planung weiterer Demonstrationen in Rostock und Stand der weiteren Identifizierungen von Initiatoren und Rädelsführern der Demonstrationen vom 19.10. und 21.10.1989, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material). Fotodokumentationen existieren zu den Demos vom 19.10./21.10./26.10./28.10./2.11./4.11.1989; BStU, ASt Rostock, 435 (unerschlossenes Material); zum 9.11.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 803.

⁶⁸ Leiter KD Greifswald an AKG, Information über das öffentliche Forum in der Mensa am 19.10.1989, 24.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

teten Erkenntnisse bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Die sogenannte operative Arbeit trat immer stärker in den Hintergrund.

Am 21. Oktober führte Oberst Amthor, der 1. Stellvertreter des Leiters der BV, das Kommando.⁶⁹ Er leitete die "Sicherung" von einem Führungspunkt im Hauptgebäude der BVfS Rostock in der August-Bebel-Straße. Die Einweisung der Einsatzkräfte begann um 18.10 Uhr. Der gesamte Gebäudekomplex wurde verdunkelt. 130 hauptamtliche Mitarbeiter, darunter Angehörige der Wach- und Sicherungseinheit, sowie 90 Bereitschaftspolizisten sollten die Bezirksverwaltung von innen sichern. Zur Abwehr von "Gewaltakten" standen Schußwaffen, Reizgas, Sprays, Pioniertechnik zum Absperren, sogenannte spanische Reiter, Stacheldrahtrollen und Gerät zur "Bekämpfung mittels Wasser" bereit. Im Demonstrationszug selbst marschierten sogenannte gesellschaftliche Kräfte mit, deren Einsatz zur "Stimmungsberuhigung" sich nach Ansicht der BV bewährt hatte.⁷⁰ Von verschiedenen Punkten im Stadtzentrum liefen die Informationen im Gebäude der BV zusammen. Gegen 22.30 Uhr erreichten die Demonstranten die Bezirksverwaltung. Hier verharnte der Zug kurzzeitig, ohne daß es größere Komplikationen gab. Um 22.45 Uhr befahl Oberst Amthor das "Einsickern der Einsatzgruppe vor Eingang der BV", was zehn Minuten dauerte.⁷¹ Der Demonstrationszug wurde aus dem BV-Gebäude heraus gefilmt und erneut eine Fotodokumentation zwecks Identifizierung und Nachweis der Tatbeteiligung von "Initiatoren" angefertigt.

Ein Vorfall, der die angespannte Lage zeigt, hatte sich bereits zwei Stunden zuvor auf dem Friedrich-Engels-Platz ereignet. Die Abteilung XX der BV meldete, daß im Zusammenhang mit der Demonstration gegen 20.50 Uhr eine Straßenbahn dadurch gestoppt worden war, daß Demonstranten mit fünf Kindern und drei Kinderwagen die Gleise blockierten und die Bahn für einige Minuten am Weiterfahren hinderten. Die Abteilung XX schlug vor, "diesen Vorfall journalistisch aufzubereiten und zum geeigneten Zeitpunkt öffentlichkeitswirksam zu publizieren".⁷² Offensichtlich wollte man damit die Demonstrationen und ihre Organisatoren diskreditieren.

Wie in Rostock kam es auch in anderen Städten des Bezirkes seit Mitte Oktober zu Protestaktionen. Die KD Stralsund, Rügen und Greifswald meldeten seit dem 19. Oktober

⁶⁹ Vgl. BV Rostock, Lagejournal, 21.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 240.

⁷⁰ Vgl. 1. Stellvertreter des Leiters BV an 1. Stellvertreter des Ministers, Information über den Verlauf der Demonstration am 21.10.1989 in Rostock, 22.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁷¹ BV Rostock, Lagejournal, 21.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 240.

⁷² Abt. XX, Bericht über vorliegende Hinweise zur Planung weiterer Demonstrationen in Rostock und Stand der weiteren Identifizierung von Initiatoren und Rädelsführern der Demonstrationen vom 19.10. und 21.10.1989, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

ständig wachsende oppositionelle Aktivitäten.⁷³ Gerade aus den Kreisdienststellen wurden Forderungen nach offensiverem und entschlossenerem Handeln laut. Deren Lage war angesichts der geringeren Mitarbeiterstärke schon zu diesem Zeitpunkt bedrohlicher als in der Bezirksverwaltung. So schlug die KD Rügen vor, in Abstimmung mit anderen "Partnern" (SED-Gruppen, Polizei, Kampfgruppen, Staatsorganen, Justiz) zu versuchen, die Initiative zurückzugewinnen und durch verstärkte Dialogangebote den Aktionen auf der Straße entgegenzuwirken. Die KD Greifswald forderte schärfere Auseinandersetzungen mit Demonstranten in deren Arbeitskollektiven und Wohnbereichen.⁷⁴

Die Ereignisse seit dem 19. Oktober führten zu geänderten Lageeinschätzungen durch die Staats- und Parteiorgane im Bezirk. Die Tage zwischen dem 24. und 26. Oktober markieren einen Umschlagpunkt. Zunächst legte am 24. Oktober der Vorsitzende der Kreiseinsatzleitung (KEL) Rostock und 1. Sekretär der Kreisleitung Rostock-Stadt der SED, Ulrich Peck, in einem "Entschluß" seine Vorstellungen zum künftigen Umgang mit den oppositionellen Bestrebungen dar.⁷⁵ Dieses Papier dokumentiert anschaulich die Ratlosigkeit der einst mächtigen SED-Oberen. Es stellt eine merkwürdige Mischung von Durchhaltephrasen und Anweisungen zum passiven Verhalten dar, ist im Grunde ein Zeugnis der bereits erkannten, aber noch nicht anerkannten Niederlage. Hinsichtlich des Umgangs mit den oppositionellen Bestrebungen wurde festgelegt:

1. Gewalt ist auf beiden Seiten zu verhindern, Provokateure sind "in geeigneter Weise auf der Lokalseite der OZ [Ostsee-Zeitung] zu entlarven, ohne Teilnehmer illegaler Demonstrationen öffentlich zu kriminalisieren".
2. In den kirchlichen Veranstaltungen (Fürbittandachten) am 26. Oktober müßten jeweils Mitglieder des Rates der Stadt auftreten und die Positionen des Rates erläutern.
3. Um eine Konfrontation mit oppositionellen Kräften zu vermeiden, sollten zivile Kader zur Observation und Aufklärung eingesetzt und keine sichtbare Erhöhung der Präsenz uniformierter Polizisten vorgenommen werden. Das sei mit der BV für Staatssicherheit abzustimmen.

⁷³ Vgl. diverse Dokumente; ebenda.

⁷⁴ Vgl. KD Rügen an Leiter BV, Chiffriertes Fernschreiben, Information zur durchgeführten Friedensandacht der evangelischen Kirchengemeinde Bergen, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material); AKG, Information über den Verlauf des Friedensgebetes und der anschließenden Demonstration am 25.10.1989 in Greifswald, 26.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁷⁵ Entschluß des Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitung Rostock, 24.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 803.

4. Für die Andachten in den Rostocker Kirchen sollten "zuverlässige Genossen" eingesetzt werden: in der Marienkirche 250, in der Petrikerche 130, in der Heilig-Geistkirche 100 und in der Michaeliskirche 60.
5. In die zu erwartende Demonstration hätten in der Innenstadt weitere 1.500 Genossen "einzusickern".

Mit dieser Maßgabe des Vorsitzenden des höchsten Sicherheitsgremiums des Stadtkreises Rostock war auch für die Bezirksverwaltung des MfS eine weitere wichtige Entscheidung gefallen. Nun hätte der Einsatz gewaltsamer Mittel zur Bekämpfung der Opposition nur noch durch den SED-Bezirkschef Timm oder durch zentrale SED- bzw. MfS-Weisungen aus Berlin angeordnet werden können. In Umsetzung der KEL-Entscheidung wies der Leiter der BV auf einer Dienstberatung am 25. Oktober an, keinen Anlaß für eine gewaltsame Eskalation zu bieten und polizeiliche Zwangsmittel nur bei Gefahr für Objekte und Personen einzusetzen.⁷⁶ "Gesellschaftliche, progressive Kräfte" müßten in den Demonstrationen mitlaufen, um von innen heraus zu wirken. Die Mitarbeiter sollten sich keinesfalls provozieren lassen und die "Waffe nur in ganz besonderen Fällen anwenden". Allen war einzuschärfen: "Schußwaffengebrauch würde Welle auslösen, die nicht mehr überschaubar wäre".⁷⁷ Neben der Umsetzung der grundsätzlichen politischen Entscheidungen wird hier als Motiv erkennbar, die eigene Sicherheit nicht zu gefährden. Man hatte sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß angesichts des enormen Zulaufs der Protestbewegung eine gewaltsame Auseinandersetzung für die MfS-Angehörigen selbst zu einem unkalkulierbaren Risiko werden würde. Diese Mischung aus Unterordnung unter die Parteilinie, Anpassung an die politische Entwicklung und Selbstschutz ist noch deutlicher im Lagejournal der BV zur Demonstration am 26. Oktober festgehalten. Bei der Einweisung der Einsatzkräfte erklärte Oberst Amthor:

"Für uns sind auch die Ausführungen des Gen. Herger [Abteilungsleiter Sicherheit des ZK der SED] Richtschnur. Deshalb ist ein Einsatz von Waffen für uns undiskutabel. [...] Wir dürfen nicht schießen, wenn wir schießen, schießen wir die gegenwärtige Entwicklung kaputt. [...] Auch wenn bei den Beschimpfungen und Beleidigungen unser Herz blutet und der Finger juckt."⁷⁸

Dennoch war die BVfS von einer Kapitulation noch weit entfernt. Bei der Dienstbesprechung am Vortag hatte ein Major notiert, daß die Planungen für Internierung und Verhaftung aktualisiert werden sollten, insbesondere zu "Personen, die Verbrechen gegen die Souveränität der DDR, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte sowie gegen die DDR bzw. andere operativ bedeutsame Straftaten der allgemeinen Kriminalität begangen haben" und

⁷⁶ Vgl. Major Bohnhoff, Arbeitsbuch, Bd. 2, Mitschrift Dienstberatung beim Leiter BV, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Arbeitsgruppe Leiter (AGL), Einweisung der Kräfte für geplante Demonstration am 26.10.1989, 26.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 240.

somit im Mobilmachungsfall auszuschalten wären. Es sollte herausgearbeitet werden, wo diese Personen gefunden und verhaftet werden könnten.⁷⁹

Die Demonstration am 26. Oktober, über deren Verlauf sich erstmals Vertreter der evangelischen Kirche und des Neuen Forums mit Vertretern des Rates der Stadt verständigt hatten, wurde ähnlich wie jene am 21. Oktober observiert und begleitet. Bereitschaftspolizisten kamen allerdings diesmal nicht zum Einsatz. Offenbar hatten die MfS-Mitarbeiter kein Vertrauen mehr zu diesen Rekruten aus dem Volke. So schirmten denn rund 220 hauptamtliche MfS-Angehörige das BV-Areal ab.⁸⁰ Sie sahen sich mehr Demonstranten gegenüber als je zuvor, die erstmals massiv gegen die Staatssicherheit selbst protestierten. Die Lage drohte zu eskalieren, als gegen 22.30 Uhr ein vermutlich angetrunkener Bürger versuchte, die Treppe am Haupteingang der BV zu betreten, dabei ins Stolpern geriet und hinfiel. Als ein MfS-Wachmann ihm aufhelfen wollte, deuteten das einige Demonstranten falsch. Durch die Vermutung, der Wachmann hätte den Bürger niedergeschlagen, drohte eine gefährliche Zuspitzung. Ordnungskräfte der Demonstranten konnten die Situation entschärfen. Für einige der MfS-Kräfte dürfte das Erlebnis einer derart aufgebracht Menge eine nachhaltige Erfahrung gewesen sein.

Schon zwei Tage später, am Sonnabend, dem 28. Oktober, demonstrierten erneut 10.000 Bürger in den Straßen der Bezirksstadt. Laut Mitteilung von Oberst Amthor an Generaloberst Mittig in Berlin fanden "auf Vorschlag der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und in Abstimmung mit der Bezirksleitung der SED" im Vorfeld dieser Demonstration Gespräche zwischen dem Rostocker Oberbürgermeister Schleiff, seinem Stellvertreter für Inneres und Vertretern des Neuen Forums bzw. der evangelischen Kirche statt. "Bei der Abstimmung der Marschroute sicherten sie" – die Verantwortlichen der Kirche und des Neuen Forums – zu, "den Demonstrationszug nicht durch die August-Bebel-Straße, vorbei am Objekt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, zu führen."⁸¹ Als Lehre aus den Demonstrationen vom 21. und 26. Oktober hatte die Leitung der BVfS eine Abstimmung zwischen oppositionellen Kräften und staatlichen Vertretern zumindest unterstützt. Damit akzeptierte nun auch die Rostocker Staatssicherheit die Opposition und ihre Aktivitäten, ohne selbst bereits offiziell in Erscheinung zu treten.

Bereits zuvor hatte das MfS die Stimmung in der Bürgerbewegung sondiert und unbedingte Bereitschaft zu friedlichem Handeln festgestellt. Von der KD Rostock wurde unter Berufung

⁷⁹ Vgl. Major Bohnhoff, Arbeitsbuch, Bd. 2, Mitschrift Dienstberatung beim Leiter BV, 25.10.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968.

⁸⁰ Vgl. BV Rostock, Lagejournal, 26.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 240.

⁸¹ 1. Stellvertreter Leiter BV an 1. Stellvertreter des Ministers, Information über den Verlauf der Demonstration am 28.10.1989 in Rostock, 28.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

auf den Bericht eines IM-Vorlaufs übermittelt, daß die Organisatoren der Demonstration keine Krawalle und Gewalthandlungen anstrebten, "weil sie als Revolutionen aufgefaßt werden könnten und der Bewegung Neues Forum nur Schaden zufügen".⁸² Diese Mitteilung wurde vom Staatssicherheitsdienst offenbar so gedeutet, daß es dem Neuen Forum als der Hauptkraft der Protestbewegung nicht um eine Beseitigung der sozialistischen DDR, sondern um Reformen ging – eine zum damaligen Zeitpunkt wohl zutreffende Einschätzung. Auf Basis solcher Überlegungen hielten die führenden BV-Offiziere eine friedliche Austragung der Konflikte für ratsam und möglich. Bekräftigt wurde diese Position noch durch die inoffiziell erlangte Information, daß das Neue Forum eine weitere Zuspitzung der Auseinandersetzungen verhindern wollte, da man Angst hatte, daß die Grenzen der Geduld des MfS erreicht seien und es zu einer gewaltsamen Unterbindung der Demonstration kommen könnte.⁸³

Die Kreiseinsatzleitung Rostock beorderte für die "innere Absicherung" der Veranstaltungen am 28. Oktober rund 4.000 "gesellschaftliche Kräfte" in die Innenstadt.⁸⁴ Wieviele tatsächlich kamen und überhaupt noch als zuverlässig im Sinne dieses Gremiums gelten konnten, verraten die Unterlagen nicht. Die Demonstration führte diesmal nicht durch die August-Bebel-Straße, und die BV registrierte eine weniger aggressive Stimmung als bei den Aktionen zuvor. Oberst Amthor meldete gar nach Berlin, daß die Demonstranten zwar sehr kritische Gespräche über die SED führten, die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR aber nicht in Frage stellten.⁸⁵

Das Gelände der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit war wie bei den vorangegangenen Demonstrationen abgesichert. Daß man eine Eskalation zumindest einkalkulierte, beweist ein Vermerk im Lagejournal vom 28. Oktober, den der einweisende Offizier bezogen auf eventuelle Festnahmen schrieb: Zuzuführende seien über den Parkplatz August-Bebel-Straße, Eingang XIV, in die BV zu bringen und "dürfen nicht schreien".⁸⁶

Die Demonstration am 28. Oktober verlief ohne größere Zwischenfälle. Doch die nächsten Ereignisse warfen ihre Schatten voraus. Bereits am folgenden Tag, einem Sonntag, beorderte Mittag seine Leiter zur Dienstberatung. Dort äußerte er sich zur Situation; ein Offizier notierte: "Festnahmen z. Zt. nicht möglich, op[erative] Kontrolle gewährleisten [...], keine

⁸² KD Rostock/Referat 3, Bericht eines IM-Vorlauf, 28.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁸³ Vgl. Abt. XX, Bericht, 29.10.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

⁸⁴ Vgl. Entschluß des Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitung Rostock, 24.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 803.

⁸⁵ Vgl. 1. Stellvertreter Leiter BV an 1. Stellvertreter des Ministers, Information über den Verlauf der Demonstration am 28.10.1989 in Rostock, 28.10.1989; BStU, ASt Rostock, 506 (unerschlossenes Material).

⁸⁶ BV Rostock, Lagejournal, Einweisung, 28.10.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 240.

Gewaltanwendungen, Ausnahmen bei Angriff auf Pers[onen] und Objekte."⁸⁷ Für den 2. November, einem Donnerstag, waren erneut Fürbittandachten und eine Demonstration zu erwarten. Die Tage zuvor versuchte der Staatssicherheitsdienst mit weiterer Informationssammlung und -verdichtung, mit der Dokumentation und Identifikation von Demonstranten zu nutzen. So wurden "zuverlässigen" inoffiziellen und offiziellen Quellen Fotos zur Identifizierung von Personen vorgelegt, über Kfz-Kennzeichen Personalien von Teilnehmern festgestellt und die gewonnenen Daten in die Zentrale Personendatenbank eingespeichert.⁸⁸

Am 31. Oktober erteilte der Minister für Staatssicherheit telegrafisch Weisung, die Dienstobjekte des MfS zu sichern.⁸⁹ Mielke fixierte damit zu einem großen Teil nur Dinge, welche die Rostocker BV bereits seit geraumer Zeit praktizierte. Der Minister teilte mit, daß die SED grundsätzlich eine politische Lösung anstrebte. Daher sei das gewaltsame Eindringen in die Dienstobjekte zwar zu verhindern, jedoch grundsätzlich ohne Einsatz von Schußwaffen. Erst wenn alle anderen Dinge wie chemische Abwehrmittel, pioniertechnische Sperren, Schlagstöcke usw. versagt hätten und unmittelbare Gefahr für Personen bestünde, wäre ein Schußwaffengebrauch zulässig. Interessanterweise gehörte zu diesem Zeitpunkt die Gefährdung der Dienstobjekte also schon nicht mehr zu den Gründen, die einen Schußwaffeneinsatz rechtfertigten. Eine Mitarbeiterin der Abteilung VI der BV notierte dazu zwei Tage später, daß Schußwaffen nur nach Befehl und nach wirkungslosem Einsatz von Gas, Spray, Wasser usw. anzuwenden wären.⁹⁰ Mit Mielkes Weisung war nunmehr auch zentral der Einsatz von Schußwaffen grundsätzlich untersagt und die Linie der BV Rostock bestätigt worden.

Am 1. November fand auch der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung (BEL), Ernst Timm, gleichzeitig der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, die Sprache wieder. Nachdem bereits zwei dramatische Demonstrationswochen vergangen waren, offerierte er eine "Vorläufige Orientierung für das Vorgehen bei der Sicherung nichtgenehmigter Demonstrationen/Kundgebungen".⁹¹ Dieses Dokument zeigt die ganze Hilflosigkeit und Lähmung der SED-Führungsebene (Timm war immerhin Mitglied des Zentralkomitees der SED). Die BEL ging davon aus, daß das Neue Forum und das in Rostock gebildete Bürgerkomitee sowie die von ihnen organisierten Aktionen "durch den Staat toleriert werden müssen, ohne sie offiziell anzuerkennen".⁹² Die staatlichen Organe und die Sicherheitskräfte hätten sich mit diesen

⁸⁷ Hauptmann Wendt, Aufzeichnungsbücher, Bd. 1 und 2, Mitschrift Dienstversammlung beim Leiter BV, 29.10.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. XVIII, 39.

⁸⁸ Vgl. Abt. XX, Berichte, 29.10./3.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

⁸⁹ Vgl. anonym, Abt. XX, Notizen, o. D.; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

⁹⁰ Christa Kröger, Arbeitsbuch, Mitschrift Dienstberatung beim Leiter der Abt. VI, 2.11.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 1180.

⁹¹ Vgl. Schreiben Leiter BV an Leiter DE – persönlich, 1.11.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 631.

⁹² Ebenda.

Gruppen "zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit" abzustimmen. Timm verkündete den kompletten Rückzug, denn künftig sollte es keine sogenannten Gegenaktionen, keinen offensiven Einsatz gesellschaftlicher Kräfte und kein "Einsickern" von Sicherheitskräften mehr geben. Für den "ordnungsgemäßen Ablauf" hätten die Organisatoren der Andachten und Demonstrationen selbst zu sorgen. Die Sicherung von Objekten der Schutz- und Sicherheitsorgane sollte zurückhaltend und von innen heraus erfolgen, ohne Anlaß für Provokationen und Ausschreitungen zu bieten. Wie paralysiert die Bezirksspitze der SED war, zeigt auch der Vermerk, daß Timm den Leiter der BVfS anwies, an seiner Stelle diese "Orientierung" den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED und den Leitern der Volkspolizei-Kreisämter zu übermitteln.⁹³ In Umsetzung und Fortführung der geschilderten Grundsatzentscheidungen blieb auch dem Rostocker Staatssicherheitsdienst als "Schild und Schwert der Partei" und als Bestandteil des Sicherheitssystems im Ostseebezirk nur noch die Rolle des passiven Zuschauers.

Am 2. November trafen sich erstmals Vertreter des Rostocker Neuen Forums und der Kirchen mit hochrangigen Vertretern der BVfS zu direkten Gesprächen. Im Mittelpunkt standen der Ablauf der für den selben Tag zu erwartenden Donnerstags-Demonstration und die Verhinderung einer gewaltsamen Auseinandersetzung.⁹⁴ Die Einsatzkräfte zur Sicherung der BV wurden am 2. November vor Dienstbeginn auf Waffen kontrolliert: Sie waren unbewaffnet.⁹⁵

Am 3. November sprach sich Oberst Amthor in einem Zeitungsinterview erstmals auch offiziell für direkte Gespräche der BV mit dem Neuen Forum aus. Ferner sicherte er zu, von seiten des Staatssicherheitsdienstes alles für einen gewaltfreien Verlauf der Demonstrationen zu tun.⁹⁶

Die Andachten und die Demonstration am 2. November sowie der Protestmarsch am 4. November verliefen ohne größere Zuspitzungen und Zwischenfälle. Immer breiterer Veränderungswille und Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der "Dialogpolitik" brachten einen erstaunlichen Zuwachs an Demonstrationsteilnehmern. Am Donnerstag zogen gut 40.000 Menschen durch die Straßen, vorbei an der Bezirksverwaltung des MfS. Am darauffolgenden Samstag demonstrierten noch einmal rund 30.000. Das dürfte auch den BV-Obersten das veränderte Kräfteverhältnis endgültig klargemacht haben.

Auch in jenen Tagen versuchte die BV, Informationen über die oppositionellen Gruppierungen und deren Absichten zu erlangen. Noch funktionierten die meisten Verbindungen zwischen operativen Mitarbeitern und IM, wurden "operativ bedeutsame Personen" auch über

⁹³ Vgl. ebenda.

⁹⁴ Vgl. Major Bohnhoff, Arbeitsbuch, Bd. 2, Mitschrift Dienstberatung beim Leiter BV, 2.11.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968.

⁹⁵ Vgl. BV Rostock, Lagejournal, 2.11.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 240.

⁹⁶ Vgl. Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 3.11.1989.

Telefone und Wanzen observiert. Die Intensität dieser Maßnahmen dürfte aber angesichts der hohen Beanspruchung zur Sicherung der MfS-Objekte sehr stark zurückgegangen sein. Darunter litten natürlich der Informationsfluß und die Vorabkenntnis wichtiger Vorgänge. Die bisherige "Hauptwaffe" im Kampf gegen den "Feind", der Einsatz von IM, wurde immer wirkungsloser. Dennoch versuchten zumindest Teile des Staatssicherheitsdienstes, die bisherige Arbeitsweise beizubehalten. Noch am 6. November erwog man in völliger Verkenntnis der Lage, die Protestbewegung durch das Abschieben von Antragstellern auf ständige Ausreise, die als Wortführer agierten, zu schwächen.⁹⁷

Den Endpunkt der zweiten Phase stellten in Rostock die Ereignisse am 9. November dar. An diesem Tag drohten die Entwicklungen noch einmal außer Kontrolle zu geraten. In Vorbereitung der Donnerstags-Demo trafen sich erneut Vertreter des Neuen Forums und des Rates der Stadt.⁹⁸ An diesem Tag wurde auch die "Sicherheitspartnerschaft" zwischen der Bürgerbewegung und der Volkspolizei in Rostock offiziell aus der Taufe gehoben. Laut Vereinbarung sollte die Polizei in Absprache mit einer neu gegründeten Bürgerinitiative die Demonstration absichern und den Verkehr regeln. Hatte das MfS den Polizisten schon zuvor nicht mehr voll vertraut, so dürfte diese Teileinbindung in die Organisation der Demonstration dem ohnehin angespannten Verhältnis zwischen Polizei und Geheimdienst einen weiteren Riß zugefügt haben. Die Isolierung des Staatssicherheitsdienstes nahm auch von dieser Seite her weiter zu.

Die besondere Bedeutung des 9. November rührt auch daher, daß es in Rostock am frühen Abend zu einer durch die SED organisierten "Manifestation für die Erneuerung des Sozialismus" mit rund 6.000 Mitgliedern und Sympathisanten kam – entgegen der Ankündigung von Ernst Timm vom 1. November, daß keine Gegenveranstaltungen zu den Demonstrationen mehr durchgeführt würden. Es bestand die Gefahr einer Konfrontation zwischen Tausenden von Menschen. Durch Abstimmung zwischen den jeweiligen Organisatoren war die SED-Kundgebung beendet, bevor sich die nun schon traditionelle Donnerstags-Demo formiert hatte. Zu den etwa 12.000 Teilnehmern der Andachten in fünf Rostocker Kirchen stießen in der Innenstadt Zehntausende hinzu. Schließlich versammelten sich gegen 20.30 Uhr rund 40.000 Menschen auf dem Ernst-Thälmann-Platz vor dem Rathaus. Im Vorfeld gingen der Staatssicherheit Informationen zu, daß das Gebäude der BVfS das Ziel des Protestmarsches bilden sollte, "wozu auch die während der Gebetsandachten vorgetragenen Angriffe gegen das MfS wesentlich beitrugen", wie ein Bericht der Abteilung XX vom 11. November festhält. Weiter heißt es darin: "Im Vergleich zu anderen Demonstrationen werden

⁹⁷ Vgl. Abt. XX, Bericht, 6.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

⁹⁸ Die nachfolgenden Details entstammen den zusammenfassenden Berichten der Abt. XX vom 10.11. und 11.1.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

aggressivere Verhaltensweisen festgestellt, die offensichtlich eine Eskalation vor der Bezirksverwaltung suchten."⁹⁹

In der Tat hatten verschiedene Redner während der Andachten die Offenlegung aller MfS-Akten und der geheimen Zuträger gefordert. Massive Unmutsbekundungen über die "Stasi" schlossen sich an. Demonstranten stellten unzählige Kerzen vor dem Haupteingang der BV und den Fenstern ab. An einem Kellerfenster kam es zu einem Schwelbrand, den die MfS-Wachen selbst löschten. Die Lage drohte zu eskalieren, als ehemalige MfS-Inhaftierte von Foltermethoden berichteten und einige junge Demonstranten versuchten, die Überwachungskameras herunterzureißen. Die Nerven waren auf beiden Seiten äußerst gespannt.

Die Ordnungskräfte des Bürgerkomitees konnten gewaltbereite Personen in die Mitte des Demonstrationzuges zurückdrängen. Auf die Gefahr einer Eskalation von Gewalt deutete nach Ansicht der Staatssicherheit die zunehmende Anwesenheit von Punks und Skinheads hin. So beobachteten MfS-Mitarbeiter gegen 23.00 Uhr in der Buchbinderstraße, Ecke Kröpeliner Straße, acht Jugendliche, die sich – stark angetrunken – mit 30 bis 40 cm langen Holzknüppeln sowie Fahrrad- und Motorradketten bewaffnet hatten. Dank der Organisatoren der Demonstration kamen sie jedoch ebensowenig zum Zuge wie andere gewaltbereite Kräfte. Die Vorgänge am 9. November stellten einen kritischen Punkt der bisherigen Entwicklung dar. Nicht nur die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, sondern auch andere Staatsorgane mußten erkennen, was sie im Falle einer gewaltsamen Lösung erwartete. Die Demonstration dieser noch friedlichen Kraft dürfte eine große Rolle bei der Entscheidung der Partei- und Staatsorgane und des MfS gespielt haben, auf Gewalt zu verzichten.

Mit den Ereignissen vom 9. November erreichten die Aktionen "auf der Straße" ihr größtes Ausmaß und ihren Höhepunkt. In derselben Nacht wurde bekanntlich die Mauer geöffnet. Für die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit nährte diese Atempause die kurzfristige Illusion, mit kosmetischen Veränderungen den alten Korpus des Geheimdienstes erhalten zu können.

2.3 Zwischen Ebbe und Flut (10. November bis 4./5. Dezember)

Die Zeit zwischen dem 10. November und dem 4./5. Dezember 1989 wurde durch drei Tendenzen geprägt. Erstens führten Maueröffnung und Reisemöglichkeiten gen Westen zu einem deutlichen Rückgang der Protestbewegung. Zweitens stabilisierten sich die Strukturen der oppositionellen Gruppierungen, vereinheitlichten und institutionalisierten sich ihre Aktivitäten. Auch dies trug zu einer Verlagerung der Aktivitäten von der Straße in die Rathäuser und später an die "Runden Tische" bei. Drittens versuchte der Staatssicherheitsdienst auch im Ostseebezirk, seine Existenz durch äußerliche Anpassung an die neuen

⁹⁹ Ebenda, Bericht vom 11.11.1989.

Entwicklungen zu retten. Gerade die Doppelzüngigkeit des Staatssicherheitsdienstes und deren Aufdeckung führte bei vielen Bürgern aber zu der Erkenntnis, daß im Schatten äußerer Zugeständnisse noch starke restaurative Kräfte wirkten und öffentlicher Druck weiterhin nötig war. In der Folge nahm die Protestbewegung auf der Straße erneut zu.

Bezogen auf den Staatssicherheitsdienst überlagern sich in dieser dritten Phase zwei Komplexe. Zum einen die eigentlich nur noch bruchstückhafte "Überwachung" der oppositionellen Gruppierungen und Bestrebungen. Zum anderen die Aktivitäten zur Anpassung des alten Geheimdienstes an die neue Zeit oder besser zur Überführung der alten Köpfe und Methoden in die neu entstehende gesellschaftliche Wirklichkeit. Dabei nahm der zweite Komplex weit größeren Raum als der erste ein. Die Rostocker Staatssicherheit kümmerte sich in jenen Tagen vorrangig um das eigene "Überleben".

An dieser Stelle soll vor allem der weiteren politischen Entwicklung chronologisch gefolgt werden. Die Bestrebungen zur Anpassung bzw. Überleitung des Geheimdienstes in die veränderte Gesellschaft werden im dritten Kapitel gesondert untersucht.

Chronologie der Ereignisse:

- Am 12. November tritt Ernst Timm als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock zurück; sein Nachfolger wird Ulrich Peck, vormals 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Rostock-Stadt.¹⁰⁰
- Am selben Tag findet auf dem Rostocker Ernst-Thälmann-Platz eine Kundgebung statt, die von Rostocker Theaterleuten organisiert wird; es schließt sich ein großes Forum zur Presse- und Medienfreiheit im Volkstheater an.
- Am Abend des 16. November finden Fürbittgottesdienste mit anschließender Donnerstags-Demonstration statt; es werden "nur noch" rund 15.000 Teilnehmer gezählt.¹⁰¹ Am selben Tag sorgt ein Beitrag in der CDU-Bezirkszeitung "Der Demokrat" zur Postkontrolle durch das MfS für Aufsehen.
- Am 18. November beschließt die Volkskammer auf Vorschlag Hans Modrows, das MfS in ein Amt für Nationale Sicherheit beim Ministerpräsidenten der DDR umzubilden.
- Am 21. November nimmt erstmals ein hoher Rostocker MfS-Offizier an einem öffentlichen Forum teil; unter dem Motto "Umbenennung ist kein Tapetenwechsel" agitiert

¹⁰⁰ Die Fakten sind wiederum im wesentlichen der Darstellung von Schmidtbauer entnommen. Vgl. Schmidtbauer: Tage, Bd. 1, S. 60–97.

¹⁰¹ Vgl. ebenda; zur Zahlenangabe vgl. Abt. XX, Bericht, 17.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

- Oberst Amthor, der 1. Stellvertreter des Leiters der BVfS; er kündigt eine Personalreduzierung um mindestens 50 Prozent an.
- Am 23. November werden wieder Fürbittgottesdienste und die Donnerstags-Demonstration in der Bezirksstadt durchgeführt.¹⁰²
 - Am 25. November verlangen Einwohner des Dörfchens Kavelstorf bei Rostock erstmals Zutritt zu einem mysteriösen Lager der Firma IMES; sie wollen sich Klarheit über die Gerüchte um ein Waffenlager verschaffen; ihnen wird jedoch der Zutritt verwehrt.
 - Am 27. November alarmieren Kavelstorfer Bürger die Redaktion des "Demokraten", weil das Waffenlager heimlich geräumt werde; erste Recherchen und deren Veröffentlichung sorgen für erhebliche Unruhe im Bezirk.
 - Am 28. November erhalten Journalisten bei einer "Führung" durch Generalleutnant Mittag und Staatsanwalt Wiggers erstmals Gelegenheit, das Bezirksamt für Nationale Sicherheit (BAfNS), vormals Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, in begrenztem Maße von innen zu sehen.
 - An den Fürbittandachten und der Demonstration am 30. November beteiligen sich wieder Zehntausende Menschen, offenbar auch eine Reaktion auf die Vorgänge um das IMES-Waffenlager und die mit Sorge registrierten Anzeichen massiver Aktenvernichtung im Bezirksamt, dessen Schornsteine unentwegt qualmen. Es werden Forderungen nach Auflösung des AfNS und nach Informationen zum IMES-Lager laut.
 - Am 2. Dezember werden bei einer Begehung des IMES-Lagers große Mengen an Waffen und Munition entdeckt. Kavelstorfer Bürger verabschieden eine Resolution zur sofortigen Auflösung der IMES und zum Stop aller DDR-Waffenlieferungen. Am selben Tag stellen Vertreter des Neuen Forum Strafanzeige gegen die IMES-GmbH wegen des Verdachts auf Waffenhandel. Der Leiter des IMES-Lagers, Johannes Walter, wird durch die Staatsanwaltschaft Rostock-Land vorläufig festgenommen. In der Nacht zum 3. Dezember werden alle IMES-Lagerräume verplombt, das Gelände wird durch Polizisten und Vertreter des Neuen Forum bewacht.
 - Am 4. Dezember beginnt zwischen 15.00 und 16.00 Uhr vor dem Gebäude des Rostocker Bezirksamtes für Nationale Sicherheit eine "Mahnwache gegen die Vernichtung von Beweismitteln". In der Nacht wird das Gebäude durch Vertreter der Bürgerbewegung besetzt. Der Bezirksamt-Chef Mittag wird wegen des Verdachts der Beweismittelvernichtung verhaftet.

¹⁰² Angaben zur Teilnehmerzahl konnten nicht ermittelt werden.

- Am 5. Dezember konstituiert sich der Rostocker "Unabhängige Untersuchungsausschuß".

Lageeinschätzung durch die Rostocker Staatssicherheit

Ende November faßte die Leitung der in Bezirksamt für Nationale Sicherheit umbenannten ehemaligen BV Rostock ihre Einschätzung, offenbar für die Leitung des Amtes in Berlin, in den "Thesen zur politisch-operativen Lage im Bezirk" zusammen.¹⁰³ Berichtet wurde, daß "der Gegner" den Druck erhöhe und so die ohnehin hohe Erwartungshaltung weiter "anheize". Das Neue Forum verschärfe ständig seine politischen und ökonomischen Forderungen, um so den Normalisierungsbemühungen der Regierung entgegenzuwirken. Die Vertreter des Neuen Forums würden Treue zur Verfassung der DDR lediglich aus taktischen Erwägungen und mit Blick auf die angestrebten nächsten Wahlen vortäuschen. Um das Eindringen von Kräften des AfNS und der SED zu verhindern, würden auch weiterhin konspirative Strukturen bevorzugt. Verstärkt sickere rechtes Gedankengut und die Idee der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten in die Demonstrationen ein. Zudem gingen die oppositionellen Kräfte immer einheitlicher vor und wiesen eine inhaltliche Stabilisierung auf. Mittlerweile verfügten sie über relativ feste Strukturen, wirkten überregional zusammen und besäßen ein funktionierendes Kommunikationssystem. Auf den Demonstrationen würden zunehmend "schärfere Angriffe" gegen das Bezirksamt und das AfNS insgesamt vorgetragen. Eine baldige Normalisierung der Lage sei nicht in Sicht.

Maßnahmen der BVfS bzw. des BAfNS

Die bisherigen Methoden des Staatssicherheitsdienstes funktionierten in diesen Wochen nicht mehr. So kündigten zwar nur wenige IM aufgrund der neuen Entwicklung dem Staatssicherheitsdienst offen die weitere Gefolgschaft auf, aber das Verbindungs- und Treffsystem war zusammengebrochen oder stillgelegt. Im gesamten Bezirk wurde im November nicht ein einziges strafrechtliches Ermittlungsverfahren seitens des MfS/AfNS registriert.¹⁰⁴ Man beschränkte sich auf die fotografische und schriftliche Dokumentation der Ereignisse, als Grundlage für eine spätere Identifizierung der Initiatoren.¹⁰⁵ In den erwähnten "Thesen" schlug man vor, Eingaben, Beschwerden, Anzeigen bzw. Zuschriften "progressiver

¹⁰³ Vgl. Thesen zur politisch-operativen Lage im Bezirk, o. D. (dem Inhalt nach von Ende November 1989); BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹⁰⁴ Vgl. Abt. XII, Analyse der Entwicklung des IM-Bestands, 30.11.1989, bzw. Übersicht eingeleiteter Ermittlungsverfahren 1989 – gesamt, o. D.; BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 6.

¹⁰⁵ Vgl. Anlagekarte, 16.11.1989; BStU, ASt Rostock, UUA, 803.

Kräfte" an Medien und staatliche Organe zu organisieren, die sich wohl gegen eine zunehmende antisozialistische Tendenz der Demonstrationen wenden sollten.¹⁰⁶

Detaillierte Informationen, wie in dieser Phase der Staatssicherheitsdienst die Demonstrationen observierte, waren nur für die Ereignisse am 16. November in Rostock zu ermitteln.¹⁰⁷ Als Folge der heiklen Situation am vorangegangenen Donnerstag fand im Vorfeld der für den 16. November zu erwartenden Demonstration ein Gespräch zwischen dem 1. Stellvertreter des Leiters der BV, Oberst Amthor, einem Vertreter des Bürgerkomitees und Pastor Joachim Gauck als Vertreter der evangelischen Kirche statt.

Das Bürgerkomitee setzte erneut eigene, gesondert gekennzeichnete Ordnungskräfte ein, die Polizei übernahm die Verkehrsregulierung. Die Zusammenarbeit klappte recht gut. Aus den 7.500 Teilnehmern bei den Gebetsandachten wuchs ein Demonstrationzug von 15.000 Menschen. Schon in den Kirchen mahnten vor allem die Pastoren zu einem friedlichen Ablauf. Die Appelle wurden von den Demonstranten beherzigt. Die BV notierte: "Die Demonstranten bewegten sich in lockerer Formation und einer insgesamt gelösten Atmosphäre."¹⁰⁸ Welche Stimmung unter den Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes herrschte, verrät dieser Bericht nicht. Nahezu die Hälfte der Losungen und Plakate war gegen das MfS gerichtet. Dennoch blieb die Lage auch vor dem BV-Gebäude relativ entspannt. Auf dieser und den nächsten Demonstrationen verlangten die Teilnehmer unter anderem die Offenlegung der Strukturen und Methoden des MfS, Einsichtnahme in die MfS-Akten, Besichtigung der Objekte, Bekanntgabe der haupt- und "ehrenamtlichen" Mitarbeiter, eine personelle Neubesetzung und schließlich die völlige Liquidierung des Staatssicherheitsdienstes. Ähnliche Forderungen stellten die Demonstranten in den Kreisstädten des Bezirkes. Die Staatssicherheit beschränkte sich auf die Absicherung des BV-Objekts und die Dokumentation der Vorgänge. Direkte Einflußnahme war nach Ansicht des Staatssicherheitsdienstes "politisch nicht durchsetzbar".¹⁰⁹ Statt dessen wollte das MfS den Veranstaltern Beweise für "Provokationen" vorlegen. Da diese wahrscheinlich an solcher Publizität nicht interessiert wären, würden sie selbst auf "Provokateure" einwirken.¹¹⁰ Der Staatssicherheitsdienst erwog auch, die "Beweismittel" auf Dialogveranstaltungen bzw. in

¹⁰⁶ Vgl. Thesen zur politisch-operativen Lage im Bezirk, o. D. (dem Inhalt nach von Ende November 1989); BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹⁰⁷ Vgl. insgesamt: Abt. XX, Bericht, 17.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material). Der Bericht vermerkt ohne nähere Details, daß am 16.11.1989 zwischen 17.00–18.30 Uhr auf dem Rostocker Karl-Marx-Platz (Rosengarten) erneut eine von der SED organisierte Kundgebung mit ca. 1.000 Teilnehmern stattfand. Initiatoren waren die SED-Kreisleitungen Rostock-Stadt, Rostock-Land und Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft.

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Vgl. Chiffriertes Fernschreiben Leiter BA an AfNS, Leiter ZAIG, 30.11.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹¹⁰ Vgl. ebenda.

Volksvertretungen zu zeigen und für die Öffentlichkeitsarbeit des MfS/AfNS zu nutzen. Damit bezweckte man die moralische und rechtliche Diskreditierung der Veranstalter der Demonstrationen. Große Bevölkerungskreise sollten sich von den vermeintlich antisozialistischen, gegen die DDR wirkenden Kräften und von den Organisatoren der Kundgebungen distanzieren.¹¹¹

Der schriftliche Nachlaß des Rostock Staatssicherheitsdienstes aus diesen Wochen ist spärlich. Dafür gibt es mehrere Gründe: die starke Bindung von Kräften für die permanente Bewachung der Objekte, die unklare Perspektive des Amtes und der Übergang zu mündlicher Kommunikation im BA. Im Zuge der bereits begonnenen Anpassung an die neuen Verhältnisse versuchte der Geheimdienst, Zeugnisse seines Tuns zu vernichten. Er war deshalb wohl auch bestrebt, möglichst wenig neue Belege hinzuzufügen. So verraten denn die Unterlagen kaum etwas über die Reflexionen der Mitarbeiter und die Maßnahmen des Bezirksamtes angesichts der fortdauernden Proteste Ende November/Anfang Dezember. Die Demonstrationen fanden Ende November im gesamten Bezirk wieder stärkeren Zulauf, und das Amt für Nationale Sicherheit geriet immer mehr ins Zentrum der Forderungen. Am 28. November erhielten deshalb erstmals Journalisten Gelegenheit, das Innere des BAfNS kennenzulernen.¹¹²

Zwischenzeitlich verdichteten sich die Gerüchte um Verstrickungen des Staatssicherheitsdienstes in Waffengeschäfte und ein getarntes Waffenlager in Kavelstorf bei Rostock, einem kleinen Ort mit direkter Anbindung an die Autobahn nach Berlin und zum Rostocker Überseehafen. Spätestens seit dem 25. November versuchten Kavelstorfer und Rostocker Bürger sowie Journalisten der CDU-Zeitung "Der Demokrat", Licht in das Dunkel um die Firma IMES und ihr Lager zu bringen.¹¹³ Am 29. November telegraphierte die Abteilung Hafen des BAfNS an die Zentrale in Berlin:

"Aufgrund der gegenwärtigen innerpolitischen Situation in der DDR wird durch die Leitung des VEB Seehafens Rostock darauf hingewiesen, daß zukünftig Sondertransporte (Waffen, Munition, Sprengmittel, militärische Technik) über den Seehafen Rostock nur noch gedeckt in Containern realisiert werden können. Wir bitten um Kenntnisnahme und operative Beachtung."¹¹⁴

¹¹¹ Vgl. Thesen zur politisch-operativen Lage im Bezirk, o. D. (dem Inhalt nach von Ende November 1989); BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹¹² Vgl. Schmidtbauer: Tage, Bd. 1, S. 71.

¹¹³ Vgl. ebenda, S. 69ff.; Artikel "NVA-LKW mit grünen Kreisen und den roten Flaggen", in: Der Demokrat vom 29.11.1989.

¹¹⁴ Chiffriertes Fernschreiben BA, Abt. Hafen an AfNS, HA XVIII, 29.11.1989; BStU, ASt Rostock, UUA 803.

Dieses Schriftstück zeigt, daß bis zum Schluß Waffen- und Munitionsgeschäfte über den Rostocker Überseehafen abgewickelt wurden und die staatlichen Leiter des Hafens davon wußten.

Am 30. November fanden wieder Fürbittandachten und die traditionelle Donnerstags-Demo in der Bezirksmetropole statt. Daran nahmen erneut Tausende Menschen teil. Über Gegenaktionen des BA sind bislang keine Details bekannt. Es ist zu vermuten, daß ähnliche Sicherungsmaßnahmen wie zu den vorherigen Demonstrationen ergriffen wurden. Lothar Probst zufolge forderte das Rostocker Neue Forum in den Andachten den gänzlichen Verzicht auf ein Amt für Nationale Sicherheit und korrekte Auskünfte zum Waffenlager in Kavelstorf.¹¹⁵

Am 2. Dezember begann die Besetzung von Objekten des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk Rostock. Mitglieder des Neuen Forums erzwangen den Zutritt zum Waffenlager in Kavelstorf und stellten gemeinsam mit Polizisten große Mengen an Waffen und Munition sicher. Fortan bewachten sie bis zum Abtransport der letzten Patrone in NVA-Depots gemeinsam das Firmengelände.¹¹⁶ Am Nachmittag fanden sich Tausende Demonstranten zu einer Kundgebung unter dem Motto "Rostocker, bleibt wachsam!" vor der Kongreßhalle ein. Am Sonntag, dem 3. Dezember, bildeten einige tausend Bürger entlang der Fernstraßen um Rostock eine Menschenkette unter der Losung "Ein Licht für unser Land".¹¹⁷ Die Ereignisse trieben auf einen neuen Höhepunkt zu. Am 4. Dezember, gegen 15.00 Uhr, stellten Mitglieder des Neuen Forums vor der Rostocker Stasi-Bezirkszentrale die ersten "Mahnwachen gegen die Vernichtung von Beweismitteln" auf. Dieses Ereignis markierte eine neue Qualität der Protestbewegung.¹¹⁸ Hatte man bisher versucht, den Rostocker Staatssicherheitsdienst von außen her zu beeinflussen, so verlangten Bürgerrechtler nunmehr eine direkte Kontrolle. Die im Verhältnis zu früheren Demonstrationen eher kleine Schar sicherte zunächst alle Ausgänge. Sie forderte die Kontrolle des Amtes durch die Bürger, die Übergabe des Objektes an die Volkspolizei sowie die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses. Vorrangig ging es darum, die weitere Vernichtung von Beweismitteln und das unkontrollierte Weiterwirken geheimdienstlicher Mechanismen zu stoppen oder doch zumindest stark einzuschränken. Ein Transparent am Haupteingang forderte "Sicherheit für unsere Akten". Die Stimmung der Bürger schwankte zwischen unruhiger Anspannung und merkwürdiger Ausgelassenheit.

¹¹⁵ Vgl. Probst: Der Norden, S. 95.

¹¹⁶ Vgl. ebenda; Schmidtbauer: Tage, Bd. 1, S. 73.

¹¹⁷ Vgl. ebenda. Zu den Ereignissen am 3.12.–4.12.1989 vgl. auch AKG, Lageinformation zur staatlichen Sicherheit im Bezirk, 4.12.1989; BStU, ASt Rosock, UUA 803.

¹¹⁸ Vgl. Schmidtbauer: Tage, Bd. 1, S. 77. Von besonderem Wert sind die entsprechenden Schilderungen der Ereignisse vom 4.12.1989 in Rostock, vor allem von Gerhard Rogge, in: UUA: Arbeitsberichte, S. 46–53, bzw. in: Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 29–34.

Im Bezirksamt selbst überlegte man fieberhaft, wie auf diese "Belagerung" zu reagieren sei. Verschiedene "Aufrufe" an die versammelten Bürger wurden konzipiert und wieder verworfen. Die Bandbreite der Reaktionen, die in Betracht gezogen wurden, reichte von Gesprächsbereitschaft bis hin zur Gewaltanwendung zum "Schutz" des Objektes. Schließlich entschied man sich für Gesprächsbereitschaft. Gegen 22.00 Uhr begannen Verhandlungen, an denen der Bezirksamtschef Mittag, Abgesandte der Bürgerbewegung wie Dietlind Glüer und Axel Peters sowie Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft und der Bezirksbehörde der Volkspolizei beteiligt waren. Die Skepsis gerade gegenüber Polizei und Staatsanwälten war groß, da ihre enge Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit noch in allzu ungueter Erinnerung war. Doch die konkrete Situation schien für eine friedliche Lösung keinen anderen Weg zuzulassen. Wenig später wurden die Tore des Bezirksamtes noch weiter geöffnet. Entschlossene Bürger inspizierten nun die Räume und versuchten, das Gebäude unter Kontrolle zu nehmen.

Parallel dazu wurde das Stasi-Objekt in Waldeck bei Rostock besetzt. Dort fand man noch Spuren der Aktenvernichtung. Aus Waldeck zurückgekommen, forderten die Bürgerrechtler, allen voran Axel Peters, vom Bezirksstaatsanwalt Müller die "Zuführung" des BA-Chefs Mittag wegen Vernichtung von Beweismitteln. Müller kam dieser Forderung nur widerstrebend nach und entließ Mittag schon nach kurzer Befragung. Anschließend fuhren Mittag und Müller im Dienstwagen des Generals gemeinsam nach Hause.

Am frühen Morgen des 5. Dezember war die Besetzung des Rostocker Bezirksamtes im wesentlichen abgeschlossen. Bis auf zwei MfS-Offiziere in der Nachrichtenzentrale hatten alle hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter das Bezirksamt verlassen. Die Polizei hatte nunmehr die Sicherung übernommen.

Auch in anderen Städten hatte der Druck auf die Kreisämter für Nationale Sicherheit enorm zugenommen, was schließlich auch dort zu Besetzungen durch Bürgerrechtler führte.¹¹⁹ Kurze Zeit später begannen fast überall Untersuchungsgremien, die sich zu einem bedeutenden Teil aus Bürgerrechtlern zusammensetzten, in den Ämtern ihre Arbeit. Die Auflösung der Bezirkszentrale in Rostock kontrollierte seit dem 5. Dezember der "Unabhängige Untersuchungsausschuß".¹²⁰

Die Unzufriedenheit über die zu geringen Fortschritte bei der gesellschaftlichen Veränderung wurde seit der zweiten Novemberhälfte immer stärker auf den symbolträchtigsten Teil des politischen Systems der DDR, den Staatssicherheitsdienst, übertragen. Dieser Konzentration des Unmuts leistete das MfS bzw. AfNS selbst Vorschub, indem es entgegen seinen Bekundungen versuchte, ohne wirklich bedeutsame Veränderungen fast wie bisher weiterzu-

¹¹⁹ Vgl. AKG, Lageinformation zur staatlichen Sicherheit im Bezirk, 4.12.1989; BStU, ASt Rostock, UUA 803; Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 44.

¹²⁰ Vgl. UUA: Arbeitsberichte, S. 10–45; Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 13–28.

arbeiten und die belastenden Zeugnisse eigener Mitschuld an der gesellschaftlichen Deformation zu beseitigen. Als ein Katalysator der Emotionen – zugleich eine Rostocker Besonderheit – wirkte die gerade in diesen Tagen erlangte Erkenntnis, daß der Staatssicherheitsdienst bis zum Schluß am Geschäft mit dem Tod beteiligt war und große Mengen an Waffen jahrelang vor der "eigenen Haustür" lagerten. Und das alles nicht wegen "internationalistischer Hilfe", sondern aus Gier nach Devisen, die am allerwenigsten der DDR-Bevölkerung zugute kamen. Neben der großen allgemeinen Unzufriedenheit führte auch das emotionale Erlebnis um den IMES-Waffenhandel zu der erneuten Zuspitzung der Situation in Rostock Ende November/Anfang Dezember 1989. Die protestierenden Bürger blieben nun nicht mehr vor den Gebäuden der alten Macht stehen, sondern suchten in diesem Präzedenzfall eine Lösung. Dabei setzte man nach wie vor nicht auf Gewalt, sondern forcierte die Entscheidung neben dem Druck von der Straße zunächst mit juristischen Mitteln. Als auch die Strafanzeigen gegen führende MfS/AfNS-Vertreter des Bezirkes nicht fruchteten, nahmen die Forderungen nach Kontrolle und Beseitigung des gesamten Geheimdienstapparates zu. Die Bewegung kulminierte in den Ereignissen vom 2. bis 5. Dezember, als mutige Bürger auch im Ostseebezirk den einstmals so gefürchteten Staatssicherheitsdienst matt setzten. Das Schicksal des Amtes für Nationale Sicherheit war damit im Bezirk Rostock besiegelt.

3 Innenansichten

Während im letzten Kapitel die Mittel und Methoden beleuchtet wurden, mit denen der Rostocker Staatssicherheitsdienst den "äußeren" Ereignissen und Entwicklungen gegenübertrat, sollen nun die "inneren" Prozesse untersucht werden. Es geht darum, ob und wie die BV bzw. das BA versuchte, sich personell, strukturell und aufgabenmäßig auf die neue Lage einzustellen. Letztlich ist zu fragen, in welchem Maße die Situation im Bezirksamt selbst dazu beigetragen hat, daß der Staatssicherheitsdienst den Wandel nicht mit letzter Konsequenz zu verhindern suchte.

3.1 Von Lähmung bis Entschlossenheit – zum "inneren" Zustand des Rostocker Staatssicherheitsdienstes im Herbst 1989

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen soll der psychische Zustand der Angehörigen der Rostocker Bezirkszentrale im Herbst 1989 stehen. Es geht um die Frage, wie die MfS/AfNS-Mitarbeiter den Zusammenbruch ihrer bisherigen Werte, ihrer Denk- und Verhaltensmuster verarbeiteten. Der Unabhängige Untersuchungsausschuß sowie Ammer und

Memmler haben bereits versucht, darauf erste Antworten zu geben.¹²¹ Eine derartige Untersuchung kann nicht erst mit den Herbstereignissen einsetzen. Jeder einzelne Mitarbeiter hatte seine eigene Geschichte, ein besonderes Lebensumfeld und ganz individuelle Beziehungen zum Alltag. Daher wäre es falsch, das MfS als einen monolithen Korpus zu betrachten, in dem alle Anschauungen, Überlegungen und Tätigkeiten in einheitlichem Takt abliefern. Unterschiedliche Ansichten, persönliche Spannungen zwischen einzelnen Mitarbeitern, Mißhelligkeiten zwischen Untergebenen und Vorgesetzten oder Konkurrenz zwischen Gleichrangigen, die gerade in Krisensituationen oft Eigendynamik entwickeln, gab es auch im Rostocker Staatssicherheitsdienst.

So kam es zum Beispiel innerhalb der BV auf höchster Ebene noch Ende September 1989 zu erheblichen Spannungen zwischen dem Chef der BV, Generalleutnant Mittag, und dem Leiter der Abteilung II (Spionageabwehr), Oberstleutnant Röpke. Die Kontrollgruppe Mittags, die für die Innenrevision der BV zuständig war, hatte dem Oberstleutnant schwere Fehler vorgeworfen: Formalismus, zu wenig persönliches Engagement, undifferenzierte Wertungen und zu allgemeine Forderungen gegenüber Untergebenen.¹²² In den Aussprachen und Stellungnahmen zu dieser Angelegenheit kam es darüber zu starken Kontroversen.

Am Vorabend der Herbstereignisse müssen auch in anderen Bereichen erhebliche Mängel bestanden haben, um deren Beseitigung sich die Kontrollgruppe offenbar gerade kümmerte. Sie monierte in einem Bericht an den Leiter der BV vom 10. Oktober 1989 gravierende Mängel bei der Verarbeitung und Verdichtung von "Operativinformationen".¹²³ Sie stellte für die gesamte BV Mängel in der Aktualität, Vollständigkeit, Objektivität und Verlässlichkeit der Informationen sowie in deren Verdichtung fest. Anscheinend war die BV schon in ihren "Routinearbeiten" nicht wie gefordert wirksam. Auch hinsichtlich des Zusammenhalts der MfS-Mitarbeiter untereinander scheint es Probleme gegeben zu haben. Die Unterlagen enthalten einen entsprechenden Hinweis zur Abteilung XX für Ende 1988.¹²⁴

Die BV Rostock ging mit internen Problemen belastet in die Herbstereignisse des Jahres 1989. Hegte man, wie im zweiten Kapitel gezeigt, noch bis Anfang Oktober die Hoffnung, daß die gesellschaftlichen Spannungen nach dem 40. Jahrestag der DDR wieder auf ein "Normalmaß" absänken, so dürften die Prügelorgien in Dresden und Berlin, die machtvolle

¹²¹ Vgl. UUA: Arbeitsberichte, S. 285–291; Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 50–55.

¹²² Vgl. Schriftstücke vom 26.9. bzw. 29.9.1989; BStU, ASt Rostock, 486 (unerschlossenes Material). Gemäß § 3 Abs. 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sind in einigen Fällen auch die Namen von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS nur angedeutet.

¹²³ Vgl. Kontrollgruppe, Bericht zur Überprüfung der Qualität der Operativinformationen, die die Leiter der Dienstseinheiten dem Leiter der BV bzw. seinem Stellvertreter übersandten, 10.10.1989; BStU, ASt Rostock, 486 (unerschlossenes Material).

¹²⁴ Vgl. Hauptmann P.: Einige Darlegungen zu meiner Beurteilung vom 30.9.1988, 20.10.1988; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

Montags-Demonstration in Leipzig am 9. Oktober und der dortige Verzicht auf eine gewaltsame Auseinandersetzung diese Illusion beseitigt haben. Nun wurden auch die eher bedächtigen Bewohner des Ostseebezirkes aktiv. "Die Demonstrationen vor der BV des MfS am 19.10., 21.10. und 26.10.1989 zeigten dem seinerzeit wichtigsten Machtapparat des Staates endgültig die Grenzen seiner Macht", urteilen Ammer/Memmler und benennen damit eine wichtige psychologische Auswirkung der Proteste.¹²⁵

Die Stimmungslage der Mitarbeiter der BVfS Rostock sank in diesen Wochen auf einen Tiefpunkt. Enttäuschung empfanden sie vor allem über die SED, an deren Politik sie sich zuvor rückhaltlos orientiert hatten. Beklagt wurde

- das Ausmaß von Korruption, Amtsmißbrauch und kriminellen Machenschaften führender SED-Funktionäre;
- die Nutzlosigkeit eigenen Tuns, da die SED die MfS-Informationen offenbar nicht gebührend beachtet habe, damit verbunden die verschenkten Lebensjahre;
- daß die SED das MfS/AfNS alleinlasse und versuche, den Staatssicherheitsdienst dem Bürgerprotest als Prügelknaben und Sündenbock anzubieten.¹²⁶

Ferner gibt es Anzeichen dafür, daß auch in der BV Rostock "Aufweichungserscheinungen" auftraten und Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftlicher und MfS-interner Reformen um sich griff. Ohne nähere Details zu nennen, notierte ein Hauptmann der Abteilung VI (Sicherung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs) derartige Vorgänge vor allem unter den Zeitsoldaten der Wach- und Sicherungseinheiten.¹²⁷ Hinsichtlich der wachsenden Einsicht, daß gesellschaftliche Veränderungen erforderlich seien, habe ich bereits auf das relativ frühe Schreiben des BV-Chefs Mittag an Mielke vom 6. Oktober hingewiesen.¹²⁸ Darin benannte Mittag präzise jene Problembereiche, deren rasche Besserung die Protestbewegung eventuell noch hätte kanalisieren können. Weitere Belege lassen sich anführen. So berichtete Mittag auf einer Dienstkonferenz der BV am 8. November, daß es bezüglich der Krisenerscheinungen eine Reihe ernsthafter Auseinandersetzungen zwischen der BV-Leitung und der

¹²⁵ Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 50.

¹²⁶ Vgl. anonym, Mitschrift ZPL-Sitzung der BV Rostock, 7.11.1989; ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); Protokoll Dienstkonferenz der BV Rostock, 9.11.1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 4, 57; Hauptmann Wendt, Aufzeichnungsbücher, Eintrag vom 14.11.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. XVIII, 39; Standpunkt zur weiteren Arbeit der ZPL im revolutionären Erneuerungsprozeß, AKG; Standpunkt der Parteileitung der GO AKG, in: Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 56; anonym, Mitschrift Parteiversammlung, 2.12.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material). In entsprechender Weise wirkten sicher auch die Entschlüsse bzw. Orientierungen der KEL vom 24.10.1989 bzw. der BEL vom 1.11.1989, die den Eindruck einer Kapitulation verschärfen mußten.

¹²⁷ Vgl. Arbeitsunterlagen Abt. VI, Mitschrift der Sitzung der Abteilungsparteiorganisation (APO) der SED, 12.10.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 1405.

¹²⁸ Siehe Anm. 25.

Bezirksleitung der SED gegeben habe, die Staatssicherheit mit ihren Warnungen jedoch auf taube Ohren gestoßen sei.¹²⁹

Die Abteilung IX (Untersuchungsabteilung) legte am 10. November "Vorschläge an den Leiter der Bezirksverwaltung und den 1. Sekretär der Parteiorganisation" vor.¹³⁰ In diesem interessanten Dokument wird unter anderem die Abschaffung aller ungerechtfertigten Privilegien leitender Partei- und Staatsfunktionäre, eine sofortige parlamentarische Kontrolle der MfS-Tätigkeit, die sichtbare Reduzierung des MfS und die Verarbeitung sowjetischer Erfahrungen (Perestrojka) gefordert. Die Abteilung IX und ihr Leiter, Oberst Mähllitz, gingen mit diesem Papier erheblich über die von Mittag skizzierten Lösungen hinaus. Das Eingeständnis eigener Mitschuld hielt sich jedoch auch bei ihnen in Grenzen. Die Geheimdienstler schrieben, daß sie sich zu ihrer Mitverantwortung bekennen. Sie seien Werkzeug gewesen "bei dem Versuch, politische Probleme mit dem Recht zu lösen und haben kritiklos diese Rolle gespielt [...]. Wir haben [...] und hier liegt unsere Schuld, geschwiegen, als das Recht heute so und morgen so ausgelegt und mancher Paragraph extrem weit interpretiert wurde".¹³¹

Ähnlich äußerte sich die SED-Parteileitung der Grundorganisation (GO) der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) am 22. November – das MfS trage Mitschuld an der Durchsetzung einer falschen Politik.¹³² Viel tiefer ging die Suche nach eigener Schuld nicht. Auf der bereits erwähnten Dienstkonferenz der BV am 8. November offenbarte Mittag ein erstaunliches Maß an Verdrängung: "MfS trägt nicht Verantwortung, daß wir ein Spitzel- und Untersuchungsstaat sind."¹³³ In einer Parteiversammlung des BA vom 2. Dezember bekräftigte er diese Haltung: Die Wende sei zwar notwendig gewesen, aber das MfS habe nur einer fehlerhaften Politik gedient und nicht alles falsch gemacht.¹³⁴

Einige Mitarbeiter gingen in ihrer Umorientierung weiter. So wurde in der – unter anderem für den "politischen Untergrund" zuständigen – Abteilung XX darüber diskutiert, daß der Staatssicherheitsdienst in einen "Dialog" mit anscheinend "verfassungstreuen" Protestgruppierungen, vor allem mit dem Neuen Forum, über sozialistische Reformen treten sollte. Offenbar meinte man zu diesem Zeitpunkt, anders als bei der SDP oder dem

¹²⁹ Vgl. Protokoll der Dienstkonferenz der Abt. M, 9.11.1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 4, 57.

¹³⁰ Vgl. BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 49; Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 52f.

¹³¹ Zitat nach: ebenda, S. 53.

¹³² Vgl. ebenda, S. 56f.

¹³³ Siehe Anm. 129.

¹³⁴ Vgl. Mitschrift von Parteiversammlung der BA, 2.12.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

Demokratischen Aufbruch, hier eine relativ starke Fixierung auf eine auch künftig sozialistische DDR zu erkennen.¹³⁵

Den inneren Zustand des Rostocker Staatssicherheitsdienstes im Herbst 1989 kennzeichnete angesichts des Umbruchs auch Resignation. Ein Hauptmann der Abteilung XVIII notierte in einer Parteiversammlung am 6. November nur ein einziges Wort: "WENDE!"¹³⁶ Ein anderer Mitarbeiter, man hört ihn förmlich seufzen, bemerkte auf einer Sitzung der Zentralen Parteileitung (ZPL), daß nun "9 Jahre Lebenswerk" verschwinden.¹³⁷ Derartige Gefühlsbekundungen entspringen dem starken psychischen Druck, den nicht nur die Demonstrationen und die dort geäußerten Anwürfe gegen das MfS erzeugten. Beschränkten sich doch die Demonstranten in Rostock weitgehend auf Losungen wie "Stasi raus" oder "Stasi in die Produktion". Nur vereinzelt gab es auch Parolen wie "Das sind die Henker der Nation!" oder "Die müßte man alle an die Wand stellen!"¹³⁸ In jenen Wochen aber sahen sich die Mitarbeiter der Staatssicherheit und ihre nahen Angehörigen auch in den Wohngebieten und Arbeitsstellen vielfältigen Unmutsäußerungen ausgesetzt. Das reichte vom "Schneiden" der Ehepartner von MfS-Mitarbeitern am Arbeitsplatz über Bedrängung der Kinder in der Schule bis hin zu Gewalt- und Morddrohungen. In anonymen Briefen oder Telefonanrufen entlud sich die angestaute Antipathie, mitunter aber auch primitive Rachsucht. So zitierte die AKG in ihrem Rapport vom 13. Oktober folgenden Drohbrief an einen MfS-Mitarbeiter und seine Angehörigen: "Ich werde Euch alle um die Ecke bringen. Die Zeit ist jetzt reif. Du rote Socke und alle anderen der Familie. Ihr fallt alle."¹³⁹ Mitunter wurden MfS-Mitarbeiter und ihre Angehörigen mit der psychischen Belastung nicht fertig. So mischten sich der BV-Offizier K. und seine Frau am 9. November alkoholisiert in den Demonstrationenzug vor der BV Rostock und versuchten, mit Teilnehmern zu diskutieren, freilich ohne sich zu erkennen zu geben. Der Wachhabende notierte eine Äußerung der Ehefrau: "Nicht das MfS ist schuld, sondern Ernst Timm und Honecker, das Schwein".¹⁴⁰ Am nächsten Tag mußte K. dazu schriftlich Stellung beziehen.

¹³⁵ Vgl. anonym, Abt. XX, Mitschrift RLB, 2.10.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); Major Bohnhoff, Eintrag, 2.11.1989, Arbeitsbuch, Bd. 2; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 968. Die Ernüchterung setzte erst Ende November 1989 ein. Das BafNS urteilte fortan, das Neue Forum täusche aus taktischen Gründen nur vor, daß es auf dem Boden der Verfassung der DDR stehe, arbeite insgeheim aber an einer Eskalation. Vgl. dazu BA Rostock, Thesen zur politisch-operativen Lage im Bezirk, o. D., bzw. chiffriertes Fernschreiben Leiter KA Wismar an Leiter BA, 30.11.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹³⁶ Hauptmann W., Aufzeichnungsbuch, Bd. 2; BStU, ASt Rostock, Abt. XVIII, 39.

¹³⁷ Vgl. anonym, Abt. XX, Mitschrift aus ZPL-Sitzung, o. D. (wahrscheinlich vom 7.11.1989); BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

¹³⁸ Abt. XX, Berichte, 6.11./10.11./11.11.1989; BStU, ASt Rostock, 209 (unerschlossenes Material).

¹³⁹ BStU, ASt Rostock, AKG, 158.

¹⁴⁰ BStU, ASt Rostock, AKG, 92, Bd. 3.

Den deutlichsten Hinweis auf die große nervliche Anspannung der MfS-Mitarbeiter und ihrer Familien liefern Unterlagen zu einem Hauptmann P., der immerhin Referatsleiter war.¹⁴¹ Seine Ehefrau – sie hatte sich schon vorher von Veranstaltungen im Kollegenkreis ihres Mannes distanziert – beging Anfang November einen Selbstmordversuch. Dieses Ereignis warf den Hauptmann aus dem Gleichgewicht. Der schon vorher gemaßregelte, Anfang 1989 aus der Kaderreserve der BV zurückgestufte Referatsleiter war nur schwer zu bremsen. In einer Aussprache mit seinem Abteilungsleiter und dem Parteisekretär der BVfS forderte Hauptmann P., daß in der SED und auch im MfS die alte Garde abtreten und endlich etwas passieren müßte. Er fragte, "wie lange wir uns das alles noch mit ansehen wollen" und meinte, man sollte doch "endlich mal dazwischenhalten".¹⁴² Als Konsequenz wurde festgehalten:

"Gen. P. wurde darauf verwiesen, daß er sich als Mitglied der Partei und Tschekist an gefaßte Beschlüsse zu halten hat und nicht durch unbedachte Handlungen Genossen des Kollektivs in Widerspruch bringen darf. Hiermit war eine durch Gen. P. verfaßte Resolution¹⁴³ gemeint, die im Gegensatz zu der von der GO [Grundorganisation der SED] getragenen Auffassung stand, mit der er versuchte, Stimmung gegen führende Funktionäre zu machen. Mehrfach zur Besonnenheit ermahnt, erklärte Gen. P. abschließend, daß er so diszipliniert ist und die ihm gegebenen Hinweise in seinem Verhalten wie auch Handeln gegenüber dem Kollektiv beachten wird, seine Meinung aber hierzu eine andere sei."¹⁴⁴

Daß dieses Zugeständnis nur zähneknirschend erfolgte, belegt ein Schriftstück vom 17. November. Darin informierte ein anderer MfS/AfNS-Offizier über ein Gespräch mit Hauptmann P.: "Ich soll seiner Truppe Kampfesgrüße bestellen, sie sollen nicht nervös werden. Nach seiner Meinung werden wir uns von denen trennen müssen, die sowieso nichts taugen, aber die echten Kämpfer bleiben weiterhin dabei, das Kind bekommt bloß einen anderen Namen."¹⁴⁵ Bei dem gesamten Vorgang handelt es sich um ein bemerkenswertes Zeugnis sowohl der psychischen Anspannung einzelner Mitarbeiter als auch der in der BV bestehenden Konflikte.

3.2 Zwischen Ehrlichkeit und Täuschung – Anpassungsbestrebungen in der Rostocker Staatssicherheit

In der BVfS bzw. im BAfNS existierten im Herbst 1989 nicht unerhebliche interne Spannungen, so daß dem Ansturm von "außen" kein wirklich geschlossener Korpus gegen-

¹⁴¹ Vgl. verschiedene Schriftstücke, betreffend Hauptmann P., Ende 1988, 11.11. bzw. 17.11.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

¹⁴² Aktenvermerk über eine Aussprache mit Genossen Hauptmann P., 11.11.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

¹⁴³ Die angesprochene Resolution bzw. nähere Informationen dazu waren leider nicht zu ermitteln.

¹⁴⁴ Aktenvermerk über eine Aussprache mit Genossen Hauptmann P., 11.11.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

¹⁴⁵ Leutnant R., Information, 17.11.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

überstand. Hinzu kamen Versuche, sich direkt dem rasanten Wandel anzupassen. Derartige Bestrebungen waren in hohem Maße von den jeweiligen Überzeugungen, der psychischen Verfassung und anderen subjektiven Faktoren ihrer Initiatoren abhängig. Krisengefühl und Einsicht lassen sich dabei kaum trennen.

3.2.1 "Wende"-Versuche

Es würde den Rahmen sprengen, die einzelnen Konzepte zur Neubestimmung von Aufgaben und Strukturen eines Staatssicherheitsdienstes im Detail zu vergleichen. Es kann nur um grundlegende Tendenzen und Besonderheiten gehen. Bis zum 16. November basierten alle internen Vorstellungen über künftige Strukturen und Aufgaben sowie über den Personalbestand der BV nur auf Gerüchten und Mutmaßungen. Daß es erhebliche Einschnitte geben würde, dürften allerdings die meisten Mitarbeiter angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung geahnt haben.

Am 16. November, zwei Tage vor dem Beschluß der Volkskammer der DDR zur Auflösung des MfS und Bildung eines Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS), äußerte sich der Rostocker Stasi-Chef erstmals vor einer größeren Anzahl von BV-Mitarbeitern zu dem Problem. Es seien, erklärte er, in naher Zukunft erhebliche personelle, materielle und finanzielle Reduzierungen zu erwarten.¹⁴⁶ Drei Tage später, am 19. November, sandte Mittag ein Schreiben des neuen AfNS-Chefs, Schwanzitz, vom 18. November den Leitern der Dienstseinheiten in Auszügen zu. In seinem Begleitschreiben gab Mittag bekannt, daß auch im BA fünf Kommissionen für die Überleitung des Amtes gebildet würden:

1. Kommission zur Neubestimmung der Aufgaben und Strukturen;
2. Kommission zur Neuerarbeitung und Überarbeitung dienstlicher Bestimmungen und Weisungen;
3. Kommission zur kadermäßigen Sicherstellung;
4. Kommission zur operativ-technischen Sicherstellung;
5. Kommission zur materiell-technischen Sicherstellung.

Dieses Schreiben sollte zu Dienstbeginn allen Mitarbeitern bekanntgegeben werden.¹⁴⁷ In einem weiteren Schreiben vom 21. November forderte Mittag die Leiter der Dienstseinheiten auf, bis zum 24. November, 17.00 Uhr, ihre Vorstellungen zur Umstrukturierung, Umprofilierung und Kaderreduzierung an Oberst Becker, Stellvertreter Operativ des Leiters

¹⁴⁶ Vgl. anonym, Abt. XX, Mitschrift von Dienstkonferenz beim Leiter BV, 16.11.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material).

¹⁴⁷ Vgl. BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

des BA, zu senden. Zugleich gab er die Bildung einer Kommission zur Überführung der BVfS in das BAfNS bekannt. Diese Kommission setzte sich aus 14 hochrangigen Mitgliedern zusammen: sechs Obristen, sechs Oberstleutnante und zwei Majore.¹⁴⁸ Auch hier war also, wie in der gesamten Führungsspitze der Bezirkszentrale, aus personeller Sicht kein Anzeichen eines Neuanfangs zu erkennen. Am 4. Dezember schließlich, dem Tag der abendlichen Besetzung des Bezirksamtes, forderte Mittag seine mittleren Leiter erneut auf, Vorschläge für Personalreduzierung und Änderungen der Tätigkeit der Staatssicherheit abzugeben. Termin war der 7. Dezember, Adressat Oberst Becker als Chef einer "Kommission für Kaderfragen", wohl identisch mit der "Kommission zur kadermäßigen Sicherstellung". Oberstleutnant Lorenz hatte außerdem bis zum 7. Dezember, 17.00 Uhr, einen präzisierten Vorschlag für die neue Struktur des Bezirksamtes vorzulegen.¹⁴⁹ In den Wochen dazwischen arbeiteten die einzelnen Dienstseinheiten fieberhaft an Vorschlägen zu ihrem eigenen "Überleben".

Eine kurze chronologische Zusammenstellung der in den Unterlagen aufgefundenen konzeptionellen Vorstellungen vermittelt einen wenigstens ungefähren Eindruck von diesen Aktivitäten:

Abteilung IX (10.11.1989): "Vorschläge an den Leiter der Bezirksverwaltung und den 1. Sekretär der Parteiorganisation"¹⁵⁰;

Zentrale Parteileitung der BVfS (14.11.1989): "Standpunkte zur weiteren Arbeit der ZPL im revolutionären Erneuerungsprozeß"¹⁵¹;

Leitung BVfS/BAfNS (16.11.-02.12.1989): Konzeptionelle Vorstellungen, dargelegt auf verschiedenen Versammlungen, kein formelles Konzept¹⁵²;

Leiter der BAfNS an das AfNS Berlin (23.11.1989): "Vorschläge zur Struktur der Kreisämter des Bezirksamtes Rostock"¹⁵³;

KAfNS Rostock (24.11.1989): "Vorschläge zu den Aufgaben, zur Struktur und zu Kaderfragen des Amtes für Nationale Sicherheit, zugeschnitten auf die Ebene Kreisamt"¹⁵⁴;

¹⁴⁸ Vgl. BStU, ASt Rostock, AKG, 92, Bd. 3.

¹⁴⁹ Vgl. Schreiben Leiter BA an Leiter DE, 4.12.1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 3.

¹⁵⁰ Vgl. BStU, ASt Rostock, Rep. 3., 49.

¹⁵¹ Vgl. Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 55f. bzw. S. 79.

¹⁵² Vgl. anonym, Abt. XX, Mitschrift Dienstkonferenz beim Leiter BV, 16.11.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); Schreiben Leiter BA an Leiter DE – persönlich, 19.11.1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 3; anonym, Abt. XX, Mitschrift von RLB, 28.11.1989; BStU, ASt Rostock, 268 (unerschlossenes Material); anonym, Mitschrift von Parteiversammlung des BA Rostock, 2.12.1989; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

¹⁵³ Vgl. BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 3.

¹⁵⁴ Vgl. BStU, ASt Rostock, 25 (unerschlossenes Material).

Abteilung XX (25.11.1989): "Vorschläge/Vorstellungen zur Neubestimmung der operativen Aufgaben"¹⁵⁵;

Kommission "Aufgaben/Struktur" des BAFNS (29.11.1989): "Vorschlag für die Strukturierung des Bezirksamtes Rostock für Nationale Sicherheit"¹⁵⁶;

bis zum 7.12.1989 zu erstellen: "Präzisierte Vorschlag zur Struktur des BA"; wegen der Besetzung am 4.12.1989 und nachfolgender Auflösung wohl nicht mehr realisiert.¹⁵⁷

Wahrscheinlich lieferten auch andere Abteilungen bzw. Dienstseinheiten Vorschläge für künftige Strukturen und Aufgaben eines "gewendeten" Staatssicherheitsdienstes. Falls das zutreffen sollte, sind diese Unterlagen entweder vernichtet worden oder derzeit nicht auffindbar.

Inhaltlich zielten alle genannten Konzepte in die dieselbe Richtung. Im Mittelpunkt künftiger Arbeit sollten der Schutz der verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR, also der Schutz der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit der DDR und mit Abstrichen auch die führende Rolle der SED stehen. Ebenso wurden die Abwehr der Aktivitäten westlicher Geheimdienste, Schutz vor Terror und Gewalthandlungen, vor Waffen- und Drogenkriminalität sowie die Bekämpfung faschistischer und neofaschistischer Tendenzen als Aufgaben deklariert. Auch wollte man die Volkswirtschaft vor Sabotage, Schmuggel, Korruption und illegaler Bereicherung schützen. Die Tätigkeit insgesamt sollte weniger nach innen gerichtet und für die Öffentlichkeit in Maßen durchschaubar sein. Andersdenkende, die zwar oppositionell, aber verfassungskonform auftraten, sollten künftig nicht mehr bekämpft werden, nur Verfassungsfeinde und Gegner einer "progressiven" Entwicklung. Das war allerdings ein sehr dehnbarer Rahmen! Begründet wurde dies unter anderem damit, daß die nach "innen" gerichtete Tätigkeit des MfS in der öffentlichen Meinung am negativsten zu Buche schlage und der entscheidende Grund für das schlechte Ansehen des Staatssicherheitsdienstes sei. Auch würde eine Fortsetzung der Observation von Bürgern, die ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte wahrnehmen, den SED-Reformkurs gefährden. Außerdem wäre eine "Einschränkung" bzw. "Neutralisierung" oppositioneller Gruppen ohnehin nur noch mit politischen Mitteln erreichbar.

Ausgehend von den Weisungen der Berliner Zentrale sollten die Sicherung des Reiseverkehrs und der Großveranstaltungen, der Bereich Paßkontrolle/Grenzsicherung und der Geheimnisschutz aufgelöst werden. Strukturell wollte man die bisherigen Aufgabenverteilungen, die sogenannten "Linien", beibehalten und lediglich einige zusammenfassen. Bemerkenswert erscheint, daß bei den vorgesehenen Methoden alle Konzepte am weiteren, massiven Einsatz inoffizieller Mitarbeiter festhielten. Lediglich gegenüber

¹⁵⁵ Vgl. BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 3.

¹⁵⁶ Vgl. BStU, ASt Rostock, AKG, 92, Bd. 3.

¹⁵⁷ Vgl. Schreiben Leiter BA an Leiter DE, 4.12.1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 3, 3.

"verfassungskonformen oppositionellen Gruppierungen" sollten IM nicht mehr in der vorherigen Dimension zum Einsatz kommen.

Sämtliche Planungen gingen von einer erheblichen Reduzierung in personeller, materieller und finanzieller Hinsicht aus. Deshalb sollten ausscheidende Mitarbeiter zum einen in der Polizei, im Zoll, in den Grenztruppen oder der Justiz untergebracht werden. Zum anderen war die Vermittlung von Personal in den zivilen Sektor vorgesehen – in Betriebe, in den Staatsapparat, zum Studium, zur Qualifizierung und Umschulung. Für einen gewissen Teil schlug man die Berentung vor.¹⁵⁸

Nun zu einigen Besonderheiten der einzelnen Konzeptionen¹⁵⁹: Bei den Vorstellungen der Abteilung IX vom 10. November handelt es sich nicht nur um die frühesten, sondern auch um die wohl interessantesten Überlegungen. Sie stellen eine sonderbare, klug-gefährliche Mischung aus ernstzunehmenden Reformvorschlägen und opportunistischen Zugeständnissen an den Zeitgeist im Interesse des eigenen Überlebens dar. Durch rasche und relativ umfassende Veränderungen und deren öffentlichkeitswirksame Darstellung wollte man den Staatssicherheitsdienst aus der Schußlinie ziehen und als Institution retten. So sprach sich die Abteilung IX im Unterschied zu allen anderen Diensteinheiten für eine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienstes und neue rechtliche Grundlagen aus. Auch hätte man die Untersuchung der Fälle von Amtsmißbrauch, Korruption und anderer krimineller Delikte leitender Partei- und Staatsfunktionäre gern an sich gezogen. Offenbar sah die Abteilung IX darin zu Recht eine günstige Gelegenheit, die eigene Abteilung und das MfS insgesamt reinzuwaschen.

Bei den Vorschlägen der Zentralen Parteileitung der BV vom 14. November handelte es sich nicht um detaillierte Vorstellungen zur künftigen Struktur, sondern um inhaltliche Hauptlinien. Oberster Grundsatz blieb dabei der Dienst für eine sozialistische DDR und für die SED.

An den konzeptionellen Vorstellungen des Leiters des BAfNS, Generalleutnant Mittag, die er bei verschiedenen Anlässen in der zweiten Novemberhälfte vortrug, war besonders bemerkenswert, daß der künftige Staatssicherheitsdienst nicht Organ der Partei (SED) sein dürfe, er sich also von der Parteibindung verabschiedete. Als neue Prämisse gab Mittag sozialistische Rechtsstaatlichkeit und Gesetzlichkeit aus. Auch müßte man sich von dem alten Ziel trennen, alles wissen zu wollen.

¹⁵⁸ Eine Sitzungsmitschrift der "Kommission zur kadermäßigen Sicherstellung" vom 30.11.1989 spricht von 360 geplanten Entlassungen, 68 Umsetzungen zum Zoll und 62 Umlenkungen zu den Grenzsicherungsorganen; BStU, ASt Rostock, 225 (unerschlossenes Material).

¹⁵⁹ Zu den Fundorten dieser und der folgenden Konzeptionen siehe die Übersicht S. 51f.

In den "Vorschlägen zur Struktur der Kreisämter des Bezirksamtes Rostock" vom 23. November stellte Mittag eine Reduzierung von ehemals zehn Kreisämtern und einem Objektamt auf vier Kreisämter in Aussicht. Das neue KA Rostock wäre danach für den Stadt- und Landkreis Rostock zuständig gewesen, das KA Wismar für die Kreise Wismar, Grevesmühlen und Bad Doberan, das KA Stralsund für die Kreise Ribnitz-Damgarten, Stralsund und Rügen, das KA Greifswald für die Kreise Greifswald, Wolgast, Grimmen und das Kernkraftwerk Lubmin.

In den Vorschlägen des KA Rostock vom 24. November manifestierte sich am deutlichsten, daß viele Mitarbeiter die Wendeversuche kaum verinnerlicht hatten. Darin steht zum Beispiel, daß der Erneuerungsprozeß ausgerechnet durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern unterstützt werden sollte – durch die "Aufspürung verfassungsfeindlicher Kräfte", wobei offen blieb, wer dazuzurechnen wäre. Den gravierendsten Täuschungsversuch dieses Konzeptes stellt die Idee dar, formell ausscheidende Mitarbeiter auch künftig an das AfNS zu binden, zum Beispiel als IM zur Führung anderer IM.

Die angestrebte Täuschung der Öffentlichkeit über angeblich vorhandenen Reformwillen erreichte ihren Höhepunkt in den Ideen der Abteilung XX vom 25. November. Ausgedacht hatte sich die Sache das Referat 4 der Abteilung XX, das bis dahin für die Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bezirk Rostock zuständig war. Die Grundidee bestand in der "Schaffung von Scheinfirmen, -einrichtungen sowohl zur Abdeckung der Mitarbeiter als auch zur Abdeckung der Trefftätigkeit (z. B. Fotolabor, Kleingaststätten, private Gewerbetreibende u. ä.)". Die Schöpfer des Plans gingen von folgenden Prämissen aus:

1. Erhaltung des Arbeitskollektivs Abteilung XX/4 und seiner linienspezifischen Erfahrungen;
2. Weiterarbeit unter konspirativen Bedingungen;
3. soziale Absicherung von MfS/AfNS-Mitarbeiter, die eventuell ausscheiden müssen.

Als legendierter Tätigkeitsbereich sollte eine Scheinfirma mit genossenschaftlichem oder privatem Status im Gütertaxi- und Ausleihgewerbe aufgebaut werden. Die branchenerfahrene Ehefrau eines Mitarbeiters, deren Einverständnis anscheinend vorlag, war als Verstärkung vorgesehen. Zwei Personen sollten in der geschäftlichen Öffentlichkeit auftreten und insgesamt zehn frühere MfS-Mitarbeiter angestellt werden. Der Referatsleiter hätte dem Konzept zufolge auch künftig Leiterstatus besessen, "jedoch nicht in der Öffentlichkeit". Er sollte vielmehr die Kontakte zum Bezirksamt halten. Alle anderen "Ehemaligen" waren für operative Aufgaben und die für die Scheinfirma notwendigen Arbeiten vorgesehen. Falls erforderlich konnte diese Firma auch für weitere ausscheidende Mitarbeiter "Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sowie das kollektive Hinterland bieten". Ferner war der legendierte Kauf eines ausbaufähigen Objektes mit ca. fünf bis sieben Garagenplätzen, einem Büroteil mit ca. fünf bis sieben Räumen und einer kleinen Werkstatt vorgesehen. Aus den Beständen

des BAFNS wünschte das Referat XX/4 zwei Barkas-Kleintransporter (Koffer und Pritsche), zwei Wartburg 353 mit Anhängerkupplung und vier bis sechs Lastenanhänger. Auch die Anschaffung eines Personalcomputers, zweier Schreibmaschinen, eines Blechschranks und natürlich eines Telefonanschlusses standen im Plan. Neben den üblichen Tätigkeiten eines derartigen "Führunternehmens" visierten die Erarbeiter des Konzeptes, ganz nach Art des kapitalistischen Erzfeindes, ein späteres Expandieren durch die Ausleihe von Campinganhängern als "attraktiv und geschäftsdienlich" an. Um die Planung abzurunden, bat man um Klärung bzw. Unterstützung seitens des Bezirksamtes in administrativen, sozialen und rechtlichen Fragen. Genannt wurden zum Beispiel die Bereinigung der Kaderakten für die in der Öffentlichkeit stehenden Personen der Firma, die Parteiarbeit und andere gesellschaftliche Anbindungen, die Übernahme operativer Technik, Hilfe bei der Überholung des Objektes bzw. der Technik, bezüglich der Geschäftskonten und der Kreditübernahme, bei der Werbung und schließlich bei der Beschaffung von Berechtigungsscheinen für den Taxi-Betrieb (Berechtigung zur Personenbeförderung). Das Dokument schließt mit dem Satz: "Das vorliegende Konzept wurde den Genossen des Referates XX/4 am 22.11.89 vorgetragen. Alle Genossen erklärten sich bereit, unter den skizzierten Bedingungen zu arbeiten." Es ist nicht bekannt, ob oder in welchem Umfang dieses Vorhaben realisiert wurde.

Die Vorschläge der "Kommission zur Neubestimmung der Aufgaben und Strukturen" vom 29. November sind von geringer Bedeutung. Bemerkenswert scheint lediglich der Satz: "Notwendige Aufgaben der Abteilung M [Postkontrolle] könnten durch den Einsatz von OibE bzw. IM sowie Nutzung der Möglichkeiten der Postordnung wahrgenommen werden." Auch dies also ein Beleg, wie die erzwungenen "Reförmchen" in altem Stil kompensiert werden sollten. Soweit zu den "Anpassungsbestrebungen" hinsichtlich eines Neubeginns der Rostocker Geheimdienstfiliale. Angesichts der geschilderten Konzepte kann man zusammenfassend feststellen, daß auch im Rostocker BAFNS inhaltlich bedeutsame Veränderungen nur in sehr begrenztem Maße geplant, geschweige denn bis Anfang Dezember bereits realisiert wurden. Vorschläge in Richtung eines inhaltlich und formell wirklich veränderten, parlamentarisch kontrollierten Geheimdienstes, wie die der Abteilung IX, erlangten keine Bedeutung.

3.2.2 Mißlungene "Öffentlichkeitsarbeit" und Aktenvernichtung

Auch die Öffentlichkeitsarbeit stellte im wesentlichen den Versuch dar, nach außen hin Veränderungen vorzutäuschen, verdeckt aber soviel alte Substanz wie möglich zu bewahren. Die begonnene Aktenvernichtung war in dieser Kette von Aktivitäten nur eine logische Konsequenz. Schließlich bargen die Akten all jene Abgründe der Tätigkeit des MfS, die diese Institution in einer Weise verhaßt machten, daß sie heute noch die Gemüter aufwühlt. Der Staatssicherheitsdienst wollte sich mit der Aktenvernichtung reinwaschen, die Wurzeln und den Charakter, die Unfähigkeit und den Unwillen zur Selbstreinigung verschleiern – und erreichte doch genau das Gegenteil.

Ammer und Memmler urteilen in ihrem Buch hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit in der BV Rostock, daß dort der Lernprozeß früher eingesetzt habe als in der Berliner Zentrale. Das trifft zu, obwohl sie einen ungeeigneten Beleg heranziehen: das Propagandablättchen "Fakten und Argumente". Es handelt sich dabei nämlich nicht, wie beide annehmen, um ein Produkt der BV, sondern um eine zentrale "Argumentationshilfe".¹⁶⁰ Mit diesem Propagandaheftchen erschöpfte sich die zentrale Unterstützung für die Öffentlichkeitsarbeit in Rostock fast schon. So ging man denn in der dortigen BV notgedrungen eigene Wege.

Anfang November appellierte der BV-Chef Mittag an Mielke, endlich die Zurückhaltung hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit aufzugeben.¹⁶¹ Die beständig aggressiver werdende Stimmung gegen das MfS verlange schnellstens eine stärkere Präsenz von MfS-Vertretern auf öffentlichen Veranstaltungen, zum Beispiel bei den sogenannten Dialoggesprächen. Der BV-Chef selbst und sein 1. Stellvertreter gaben in jenen Tagen verschiedenen Rostocker Medien Interviews, in denen sie jedoch Allgemeinplätze verkündeten und konkrete Fragen mit geheimdienstlichem Gehabe abblockten. Eine selbstkritische Analyse eigener Schuld fand nicht statt.

Auch untere Dienstseinheiten machten sich über die Außendarstellung Gedanken. Erneut brachte die Abteilung IX die weitreichendsten Überlegungen ein. Sie forderte in ihren "Vorschlägen an den Leiter der Bezirksverwaltung" vom 10. November öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.¹⁶² Es sollte geprüft werden, inwieweit zum Beispiel der gerade durch Pastor Schnauer und andere Rostocker Bürger gebildete "Gerechtigkeitsausschuß" dazu genutzt werden könnte, persönlichen Anliegen der Bürger im Zusammenhang mit der Tätigkeit des MfS nachzugehen. Um Aggressionen abzubauen, wurde die Einführung einer öffentlichen Bürgersprechstunde in der BV und in den KD erwogen. Auch das Auftreten von MfS-Vertretern betrachtete die Abteilung IX als eine Möglichkeit, eine gewandelte BV darzustellen. Schließlich schlug sie noch den Einsatz eines Pressesprechers, die Durchführung von Rundfunk-, Fernseh- bzw. Telefon-Foren und die begrenzte Öffnung der BV und KD für Besichtigungen vor.

Am 13. November stellte die BV Rostock ein "Argumentationsmaterial zu besonders bedeutsamen Ergebnissen der Arbeit der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock in den letzten Jahren" fertig.¹⁶³ Damit sollte den MfS-Angehörigen etwas in die Hand gegeben werden, um auf bestimmte Fragen, auch im eigenen Familienkreis, im Interesse des Staatssicherheitsdienstes zu antworten. Diesem Material zufolge war die BV stets nur mit der

¹⁶⁰ Vgl. Ammer/Memmler: Staatssicherheit, S. 51. Zu den "Fakten und Argumenten" vgl. BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹⁶¹ Vgl. Arbeitsunterlagen Leiter BV, 6.10.–4.12.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

¹⁶² Vgl. BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 49.

¹⁶³ Vgl. BStU, ASt Rostock, UUA, 530.

Bekämpfung neofaschistischer Bestrebungen, von Spionage und Sabotage sowie mit der Verfolgung von Nazi-Verbrechen und schwerer Gewalttaten wie Mord oder Geiselnahme beschäftigt. Diese Bereiche machten zwar durchaus einen Teil der Tätigkeit aus, tatsächlich waren jedoch die meisten BV-Mitarbeiter mit den verschiedensten Formen der Repression nach innen beschäftigt. Insofern kann man derartige Darstellungen nur als Propagandatricks bezeichnen, auf die im Herbst 1989 nur noch wenige hereinfließen. Mit einer derartigen Argumentation konnte der angestrebte Zweck nicht erreicht werden.

Seit Mitte November traten leitende MfS/AfNS-Kader des Bezirkes in öffentlichen Veranstaltungen – zumeist im kleinen Rahmen – auf. Für den Zeitraum vom 15. November bis 5. Dezember registrierte die AKG insgesamt 49 Einladungen an BV/BA-Vertreter, von denen jedoch nicht alle wahrgenommen wurden.¹⁶⁴ Die BV bzw. das BA ließ sich über die Art der Veranstaltung und die zu erwartende Teilnehmerzahl vorab informieren und entschied erst dann über eine Zusage. Die im Anschluß an solche Veranstaltungen erstatteten Berichte zeigen, daß der erhoffte Erfolg meist nicht erzielt wurde. Der Leiter des KA Ribnitz-Damgarten zum Beispiel berichtete am 20. November über seine Erfahrungen:

"Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß derartige Gespräche zum Teil nur den Charakter von Rechtfertigungen tragen können. Eine offensive Verteidigung der Tätigkeit des ehemaligen MfS ist kaum möglich, weil eine Diskussion über den politischen Charakter unseres ehemaligen Organs nicht erwünscht ist, sondern mit herausfordernden Sachfragen zu speziellen Arbeitsmethoden Druck auf die Gesprächsführenden des ehemaligen MfS ausgeübt werden soll."¹⁶⁵

Dem ist nichts hinzuzufügen. Angesichts der fehlenden Bereitschaft zu fundamentaler Selbstkritik, des Strebens, die Öffentlichkeit zu täuschen, und einer bereits relativ gut informierten Bevölkerung konnte derartige Propaganda nicht erfolgreich sein. Zudem wurde gerade in jenen Tagen die massive Vernichtung von Unterlagen durch das MfS/AfNS offenbar und schon damit die Vorspiegelung einer angeblichen Reformierung ad absurdum geführt.

Anfang November traf der Leiter der BV Rostock die ersten Festlegungen zur Vernichtung von Aktenmaterial.¹⁶⁶ Die offizielle Weisung des BV-Chefs zur ersten Vernichtungswelle erging am 6. November.¹⁶⁷ Mittag maß darin angesichts der Demonstrationen vor den Dienstgebäuden der sicheren Aufbewahrung operativer Dokumente eine besondere Bedeutung zu. Außerdem hätten entsprechende Prüfungen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an operativ wertlosen Unterlagen, vor allem in der Zentralen Materialablage (ZMA) zutage ge-

¹⁶⁴ Vgl. BStU, ASt Rostock, AKG, 168.

¹⁶⁵ Chiffriertes Fernschreiben des Leiters der KA Ribnitz-Damgarten an Leiter BA, 20.11.1989; BStU, ASt Rostock, AKG, 168.

¹⁶⁶ Vgl. Major Gundlach, Arbeitsbuch, Mitschrift Dienstberatung Leiter BV, Anfang November 1989; BStU, ASt Rostock, Abt. VI, 985.

¹⁶⁷ Vgl. Schreiben Leiter BV an Leiter DE – persönlich, 6.11.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, 4213.

fördert.¹⁶⁸ Über zentrale Entscheidungen, die am selben Tag fielen, noch hinausgehend, wies Mittag an:

1. eine radikale Verringerung der ZMA-Speicher, besonders in den KD und OD;
2. Verpackung aller für die derzeitige Arbeit nicht zwingend benötigten Geheimen und Vertraulichen Verschlusssachen, der als Dokument gekennzeichneten Unterlagen sowie der Personalakten der IM (Teil I) in verschließbare Behälter, die zu versiegeln und zu verplomben waren;
3. gesonderte Aufbewahrung aller Akten zum § 217 StGB der DDR ("Zusammenrottung");
4. Vernichtung der Aufzeichnungshefte;
5. Beseitigung der operativen Unterlagen der Abteilung 26, der Abteilung M und der Abteilung III;
6. Vernichtung alter Abschlußberichte und aller Ermittlungsberichte zu nicht näher charakterisierten "Aktionen", wohl auch zur Rostocker Seemannskartei.

Alle diese Maßnahmen waren so durchzuführen, "daß sie nicht zur Beunruhigung der Mitarbeiter führen und nach außen nicht erkannt werden".

Am 7. November übermittelte Mittag¹⁶⁹ die Anweisung Mielkes¹⁷⁰ zur Auslagerung von Akten aus den Kreisdienststellen und zur Vorbereitung der "kurzfristigen Vernichtung" von dienstlichen Weisungen. Von der Vernichtung bestimmter operativer Unterlagen, die Mittag bereits angeordnet hatte, war in diesem Schreiben des Ministers noch nicht die Rede.¹⁷¹ Mielke übertrug es den BV-Chefs, selbständig zu entscheiden, welche Unterlagen aus den KD/OD in die BV zu überführen wären. Ausgehend von einer zentralen Weisung des AfNS-Chefs Schwanitz vom 22. November präziserte Mittag seine Vorgaben dann am 27. November.¹⁷² Die Kreisämter und Dienststellen wurden angewiesen, alle Akten zu Operativen Vorgängen, Operativen Personenkontrollen, IM, GMS, IM-Vorläufen, zu hochrangigen Staats- und Parteikadern unverzüglich in das Bezirksamt zu überführen. Weitere, operativ unwichtige Akten sollten vor Ort und nach eigenem Ermessen vernichtet

¹⁶⁸ ZMA: Zentrale Materialablage. Existierte in jeder Dienstseinheit und diente der Aufbewahrung von operativem Schriftgut, bevor über dessen endgültige Archivablage entschieden wurde.

¹⁶⁹ Vgl. BStU, ASt Rostock, BdL, 4213.

¹⁷⁰ Schreiben des Ministers an die Leiter der Dienstseinheiten vom 6.11.1989, GVS 25/89; BStU, ZA, DSt 103633; vgl. dazu Süß: Entmachtung, S. 14f.

¹⁷¹ Überlegungen zur Präzisierung der Vernichtungsaktion, die durch Generalleutnant Irmeler, den Chef der ZAIG, am 13.11.1989 vorgenommen wurden, war den Rostocker BV/BA-Akten nicht zu entnehmen. Vgl. dazu Süß: Entmachtung, S. 14.

¹⁷² Vgl. Schreiben Leiter BA an Leiter DE – persönlich, 27.11.1989; BStU, ASt Rostock, Rep. 5, 33.

werden. Über eine eventuelle Kassation der VSH-Karteien (Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien) wollte Mittag gesondert entscheiden. Über das konkrete Ausmaß der gesamten Säuberungsaktion kann man nur spekulieren.

Der Plan, die Vernichtung geheimzuhalten, mißlang in Rostock ebenso wie in den anderen Bezirken der DDR. Aufgrund des wachsenden Widerstandes sah sich der AfNS-Chef Schwanitz Ende November veranlaßt, zentrale Vorgaben zu übersenden, wie auf Proteste und Fragen zu reagieren sei. Mittag spezifizierte diese allgemeinen Aussagen in einem Schreiben vom 29. November.¹⁷³ Die Leiter der Kreisämter und der Dienststelle Kernkraftwerk Greifswald sollten, so Mittag, zur Vernichtung von Unterlagen erklären, daß sich das AfNS tatsächlich teilweise von Materialien seiner Vorgängerinstitution trennt. Dabei handele es sich vor allem um solche Unterlagen, die aus aktueller Sicht Ausdruck einer falschen Sicherheitskonzeption seien. Die weiteren Begründungen kann man nur als Verhöhnung der Fragesteller bezeichnen: Wie jedes andere Archiv würde man schon immer irrelevantes Schriftgut kontinuierlich vernichten. Die Trennung von Ballast reduziere doch die Verwaltungskosten. Keinesfalls fände eine "Vernichtung unseres Anteils am staatlichen Archivfonds" statt. Im übrigen würde eine restlose Offenlegung die konkreten Mittel und Methoden enttarnen und somit den Lebensnerv des Geheimdienstes treffen. Daß es den protestierenden Bürger aber gerade darum ging, scheinen die Obersten des MfS/AfNS bis zum Schluß nicht verstanden zu haben bzw. ignorierten es bewußt.

4 Schlußbetrachtung

Wie in der gesamten DDR hatte sich auch im Bezirk Rostock 1989 die krisenhafte Entwicklung der Gesellschaft bis zum Herbst erheblich verschärft. Im Unterschied zu den südlichen Bezirken und zu Berlin setzten die Bestrebungen, eine öffentliche Protestbewegung aufzubauen, im Ostseebezirk erst Ende September, Anfang Oktober ein. Dann jedoch wuchs die Demokratiebewegung in dramatischer Weise und erreichte in den Tagen zwischen dem 28. Oktober und dem 9. November ihren Höhepunkt. Nach der machtvollsten Rostocker Demonstration am 9. November und der Maueröffnung in Berlin ebte die Protestbewegung zunächst ab, um dann Ende November auch aufgrund allzu langsamer und zum Teil nur vorgetäuschter Veränderungen erneut anzuschwellen. Wegen des äußerst negativen Ansehens des Staatssicherheitsdienstes als Repressionsorgan der SED und der Enttarnung des angeblichen Veränderungswillens als Täuschung richtete sich in dieser Phase der Bürgerprotest immer stärker gegen das Sinnbild der alten Macht, gegen deren "Schild und Schwert", das MfS/AfNS. Aktenvernichtung, "Vergangenheitsentsorgung" und fortdauernder Waffenhandel

¹⁷³ Vgl. Schreiben Leiter BA an Leiter der KA und der Dienststelle Kernkraftwerk Greifswald, 29.11.1989; BStU, ASt Rostock, BdL, Rep. 3, 3.

lösten die Besetzung der Stasi-Bezirkszentrale und einiger Kreisämter wie in Greifswald durch mutige und unbewaffnete Bürger am 4./5. Dezember aus. Damit war auch im Bezirk Rostock die Existenz des Staatssicherheitsdienstes als operativ wirksamer Geheimdienst des Staates DDR de facto beendet.

Hinsichtlich der Aktivitäten der BV/BA im Herbst 1989 kann man drei Phasen unterscheiden. In der ersten Phase, von Ende September bis Mitte Oktober, in der Zeit der ersten organisatorischen Zusammenschlüsse und größeren öffentlichen Aktivitäten oppositioneller Gruppierungen versuchte die Staatssicherheit, diesen Bestrebungen mit den alten Mitteln und Methoden beizukommen. Gleichzeitig waren auch noch Tendenzen erkennbar, die Protestbewegung gewaltsam zu unterdrücken. In diese Phase fielen die Ereignisse von Dresden, Berlin und Leipzig, die letztlich eine Kapitulation der Staatsmacht darstellten und enorm auf die regionalen Entwicklungen ausstrahlten.¹⁷⁴ Ausgehend von der dortigen grundsätzlichen Entscheidung, die Konflikte letztlich ohne Gewalt zu lösen, war auch der Spielraum der Rostocker Staatssicherheit entscheidend eingeengt.

Dies zeigte sich sehr deutlich in der zweiten und dritten Phase. Die BV bzw. das BA wurde immer stärker in eine passive, lediglich registrierende Rolle gedrängt. Wirkliche Möglichkeiten zu aktiver "Lagebeherrschung" besaß der Geheimdienst nicht mehr. Parallel zu den weiterhin genutzten alten Mitteln und Methoden versuchte man nun, sich äußerlich auf die neuen Verhältnisse einzustellen und begrenzte Veränderungen zu inszenieren. Inhaltlich zeichneten sich aber im Rostocker Staatssicherheitsdienst, trotz einiger weitergehender Überlegungen wie jene der Abteilung IX, keine einschneidenden Veränderungen ab, die den Namen "Reform" verdienen würden. Statt dessen entwickelten Rostocker MfS/AfNS-Offiziere Strategien und Konzepte, wie geheimdienstliche Tätigkeit zum Beispiel unter dem Deckmantel ziviler Wirtschaftsunternehmen fortgesetzt werden sollte. Dieses Vorhaben ist wohl der deutlichste Beweis für das Fehlen wirklicher Einsicht seitens der Rostocker Staatssicherheit. Die öffentlich mehrfach beteuerte Unterstützung von Reformen stellte zumindest für die Rostocker MfS/AfNS-Führung letztlich nichts weiter als ein wertloses Lippenbekenntnis und versuchte Schadensbegrenzung dar. Die eher kümmerliche Öffentlichkeitsarbeit und vor allem die massive Aktenvernichtung fügen sich in das Gesamtbild ein.

Wenden wir uns abschließend der oft gestellten Frage zu, warum das MfS/AfNS die Wende nicht verhindert hat? Autoren wie Karl Wilhelm Fricke oder Walter Süß legten dazu schon detaillierte Analysen vor. Während Fricke die Ohnmacht der SED-Führung als Hauptgrund anführt, beschreibt Süß die Motivlage konkreter.¹⁷⁵ Von diesen Ergebnissen ausgehend und

¹⁷⁴ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 8.

¹⁷⁵ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 74; Vgl. Süß: Entmachtung, S. 4.

ohne Berücksichtigung der bedeutsamen außenpolitischen Faktoren, ist ein ganzer Ursachenkomplex zu beschreiben und zu analysieren. Betrachtet man die Entwicklung in Rostock, so kann man zwischen allgemein-gesellschaftlichen und MfS- bzw. BV/BA-spezifischen Gründen unterscheiden, die in enger Wechselwirkung zueinander stehen.

Zuerst zu den allgemein-gesellschaftlichen Gründen:

1. Die Rostocker BV hatte aufgrund ihrer Informationen bereits vor dem Herbst 1989 erkannt, daß sich verschiedene Fehlentwicklungen in der DDR und im Bezirk verschärften und größere Veränderungen im Rahmen einer "sozialistischen Erneuerung" notwendig wären. Insofern bestand eine, wenn auch mit stärkster Zurückhaltung zu betrachtende, Akzeptanz der dann einsetzenden Reformbestrebungen seitens der BV bzw. des BA. Man kann von einem zeitlich und inhaltlich stark begrenzten, relativen Konsens der Rostocker Staatssicherheit mit bestimmten Aspekten der Veränderungsbestrebungen sprechen.
2. Die von Fricke bereits benannte Ohnmacht der SED-Führung produzierte auch in der BV Rostock Spannungen mit der SED und eine gewisse Orientierungslosigkeit. Hier trat dieser Umstand sogar sehr deutlich hervor. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung und Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung, Ernst Timm, überwand erst Anfang November seinen Schockzustand, während der MfS-Bezirkschef Mittag bereits am 6. Oktober Bereiche gesellschaftlicher Fehlentwicklung und Lösungswege aufgezeigt hatte, wie die Protestbewegung durch partielles Entgegenkommen auszuhöhlen gewesen wäre. Die Rostocker Staatssicherheit fühlte sich in der Zeit wachsender eigener Bedrängnis von ihrem früheren Herrn, der SED, im Stich gelassen. Hinzu kam, daß viele BV-Angehörige durch den immer stärker bekanntwerdenden Machtmißbrauch führender SED- und Staatsfunktionäre verunsichert waren. Das Ergebnis war ein Motivationsdefizit. Es scheint zweifelhaft, ob im Herbst 1989, vor allem seit Mitte Oktober, noch eine bedingungslose Bereitschaft bestand, auf Befehl auch auf Verwandte und Bekannte zu schießen sowie das eigene Leben zu riskieren.
3. Der Geheimdienst allein verfügte trotz all seiner logistischen und materiellen Mittel nicht über genügend Kraft, um den Massenprotest zu unterbinden.¹⁷⁶ Die veränderte Quantität und die neue Qualität der Proteste machten die Grenzen des MfS/AfNS deut-

¹⁷⁶ Insofern ist eigentlich schon die Frage falsch formuliert. Vielmehr müßte es heißen, warum hat das MfS nicht alles in seiner Macht Stehende getan, um die Proteste schon im Keime zu ersticken bzw. zu zerschlagen?

lich. Ohne das Zusammenspiel mit den anderen Kräften des "Politisch-Operativen Zusammenwirkens" (POZW) war der Staatssicherheitsdienst gegen eine derartige Massenbewegung letztlich machtlos. Dazu gesellte sich das Mißtrauen der Staatssicherheit gegenüber den POZW-Partnern wie Kampfgruppen und Polizei. Man sah sie nicht als ebenbürtig an und zweifelte an ihrer Zuverlässigkeit.

4. Eine kaum zu überschätzende psychologische Bedeutung besaßen die grundsätzliche Friedfertigkeit und die Massenhaftigkeit des Bürgerprotestes. Demonstrationen von Zehntausenden Menschen, die sich – anders als zu offiziellen Kundgebungen – freiwillig versammelt hatten, und der friedliche Verlauf dieser Veranstaltungen stellten für viele Mitarbeiter Schlüsselerlebnisse dar.

Zu den allgemein-gesellschaftlichen Veränderungen kamen die MfS- bzw. BV/BA-spezifischen Gründe:

1. Die MfS-Zentrale in Berlin offenbarte im entscheidenden Moment erhebliche Führungsschwächen. Die Bezirksverwaltungen blieben vor allem während der wichtigen Anfangsphase auf sich allein gestellt, was angesichts des gleichzeitigen Führungsdefizites seitens der SED doppelt schwer wog.
2. Die Rostocker Staatssicherheit war nicht jener einheitliche Korpus, als den sie sich selbst immer gern betrachtete. Gerade in der Zeit zunehmenden äußeren Drucks offenbarten sich innere Differenziertheit und Gegensätze. Die bereits von Süß geschilderten Widersprüche zwischen den Generationen und zwischen veränderungsbereiten Kräften und "Betonköpfen" zeigten sich auch im Ostseebezirk.¹⁷⁷ Hinzufügen muß man noch die ganz normalen menschlichen und beruflichen Differenzen zwischen Mitarbeitern, die gerade in Krisenzeiten eine ganz andere Bedeutung erlangen und den inneren Zusammenhalt aushöhlen können. Auch die viel beschworene Identifikation der MfS-Offiziere mit den ideologischen Leitlinien ihrer Tätigkeit scheint zumindest für einige mittlere und niedere Chargen nicht (mehr) voll gültig gewesen zu sein. Für sie war die Arbeit für das MfS weniger bewußte Erfüllung eines "Klassen-" oder "Parteiauftrages" als vielmehr Routinearbeit, mit der sich mehr Geld als in den meisten anderen Berufen verdienen ließ. Der materielle Aspekt dürfte trotz anderer Lippenbekenntnisse gerade bei jüngeren MfS-Kadern vielfach Vorrang gegenüber der ideologischen Überzeugung besessen haben.
3. Erstmals in seiner Geschichte wurde auf den DDR-Geheimdienst selbst massiver physischer und vor allem psychischer Druck ausgeübt. Das hat gerade ideologisch weniger verhärtete Mitarbeiter wahrscheinlich stark beeindruckt.

¹⁷⁷ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 4.

4. Die Durchdringung und Zersetzung oppositioneller Gruppierungen durch IM funktionierte im Sommer/Herbst 1989 in Rostock nicht in dem vom MfS gewünschten Maße. Die BV besaß zum Beispiel in der Bezirksstadt keine einzige Top-Quelle in den unmittelbaren Initiatoren- und Führungskreisen der Opposition. Auch dadurch vermochte die BV nicht, die Bewegung – so wie früher – bereits im Anfangsstadium zu kanalisieren und zu zersetzen. Die oppositionellen Gruppen schlugen dem Geheimdienst mit dessen eigener Waffe, einer strengen Konspiration, ein Schnippchen. Die Hauptwaffe des MfS, der Einsatz von IM, hat im Ostseebezirk in diesem entscheidenden Moment im wesentlichen versagt.
5. Die Rostocker BV wurde von der rasch und spontan entstehenden Massenbewegung überrascht. Dadurch und aufgrund der allgemeinen politischen Rahmenbedingungen (Gewaltverzicht seit Mitte Oktober 1989) konnte sich die BV, bzw. später das BA, in der Wahl der Mittel und Methoden nicht mehr den neuen, radikal veränderten Bedingungen anpassen. Die herkömmlichen Methoden jedoch erwiesen sich als untauglich und damit nutzlos.

Das Zusammenspiel all dieser Faktoren, die sicher noch zu ergänzen wären, führte dazu, daß auch im Ostseebezirk der Staatssicherheitsdienst die Herbstereignisse nicht verhindern konnte und nicht mit Waffengewalt gegen die protestierenden Bürger vorging.

Abkürzungsverzeichnis

AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
APO	Abteilungsparteiorganisation
ASt	Außenstelle
AStA	Antragsteller auf ständige Ausreise
BA	Bezirksamt
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit
BdL	Büro der Leitung
BEL	Bezirkseinsatzleitung
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
DE	Diensteinheit
DSt	Dokumentenstelle
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMES-GmbH	(Export von Rüstungstechnologie außerhalb von Planauflagen vor allem in Entwicklungsländer, nicht sozialistische Staaten und an internationale Waffenhändler)
KA	Kreisamt
KAfNS	Kreisamt für Nationale Sicherheit
KD	Kreisdienststelle
KEL	Kreiseinsatzleitung
KKW	Kernkraftwerk
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NVA	Nationale Volksarmee
o. D.	ohne Datum
OD	Objektdienststelle

OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PI	Parteiinformation
pol.-op.	politisch-operativ
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken
RLB	Referatsleiterbesprechung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
UUA	Unabhängiger Untersuchungsausschuß
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZMA	Zentrale Materialablage
ZPDB	Zentrale Personendatenbank
ZPL	Zentrale Parteileitung